

DOSSIER N° 127

---

## **Über den Tellerrand Ein gewerkschaftlicher Blick auf Europa**

**Andreas Riegers Europa-Kolumnen von 2016 bis März 2018**



## Inhalt

Vorwort.....	5
Finanztransaktionssteuer: Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten .....	6
Portugal und Spanien: Fortschrittsregierung .....	7
Gewerkschaften gegen den Brexit: Camerons fieser Deal .....	8
EU-Politik der Gewerkschaften: Kein Rückzug.....	9
Verhandlungen CH – EU: Fertig Rosinen gepickt!.....	10
Flüchtlingskrise: Die Mauer von Donald Trump.....	11
Freihandelsabkommen: Stoppt TTIP und CETA!.....	12
Griechenland: Falsche Hilfe .....	13
Streiks in Frankreich: Volle Kraft.....	14
Gewerkschaften einig: Dumping stärkt Fremdenfeinde.....	15
Zukunft der EU: Sein oder Nichtsein .....	16
Personenfreizügigkeit: Eine Klärung.....	17
Italien: Gegenoffensive.....	18
Barroso & Delors: Zwei Gesichter .....	19
100 Millionen Pensionierte: Was macht die grosse Macht?.....	20
Ceta ist noch nicht gebongt: Es lebe Wallonien!.....	21
Stahlarbeiter vereint: Eine Branche mobilisiert .....	22
Spanien: Die Macht der Strasse .....	23
Polnische Politik: Stinkreaktionär, aber sozial.....	24
Internationale Gewerkschaftskampagne: Lohnerhöhung für Europa.....	25
Nach dem Brexit-Entscheid: EU-Bürger in Geiselhaft.....	26
Verantwortung der Multis: Frankreich macht's vor.....	27
Lohnleichheit in Island: Etwas Radikales.....	28
60 Jahre EU: Europa auf der Kippe .....	29
Dumping in der Transportbranche: Die letzten Dämme verteidigen.....	30
Die Wir-zuerst-Politik: Überall der gleiche Slogan.....	31
Nach der Wahl in Frankreich: Totgesagte leben länger.....	32
Italien: Erfolg für die Gewerkschaft .....	33
Halbzeit-Konferenz des EGB: Einiges erreicht, aber vieles liegt noch vor uns.....	34
Grossbritannien: Sozial schlägt National.....	36
Europaweite Tendenz: Rauf mit den Mindestlöhnen.....	37
Jugendarbeitslosigkeit: verlorene Generation.....	38
Griechische Tragödie: Milliarden für die Banken .....	39
Hart umkämpft: erst mit 67 in Rente?.....	40

Brexit: hard, soft oder Swiss Style?.....	41
EU-Arbeitsinspektorat: Juncker will handeln.....	42
EU stärkt autoritäres Spanien: Hier naht Rajoydogan .....	43
Bulgarische Löhne: Ein Teufelskreis .....	44
Danke für die Blumen - aber wir wollen soziale Rechte!.....	45
Konzernverantwortungsinitiative: Sorgfaltspflicht im Trend .....	46
Der Wirtschaft geht's besser – Streikwelle erfasst Europa.....	47
Steuertourismus: Die EU reagiert.....	48
Hüst und hott in Österreich.....	49

# 1 Vorwort

Die Schweiz liegt mitten in der EU. Und die EU geht mitten durch die Schweiz und beeinflusst immer mehr gesellschaftliche und institutionelle Bereiche. Das gilt auch für die Arbeitsbeziehungen und die Gewerkschaften. Aber können wir auch sagen: Die Schweizer Gewerkschaften sind mitten in der europäischen Gewerkschaftsbewegung? Kaum.

Im gewerkschaftlichen Alltag in der Schweiz haben wir das Gefühl, unsere konkreten Verhältnisse und Probleme seien so spezifisch, dass der europäische Zusammenhang kaum eine Rolle spiele. Politisch verfolgt wird zwar mit Spannung die Entwicklung in einzelnen Ländern des «Auslands», die niederschmetternden Nachrichten über die Stärkung der Neoliberalen und der äusseren Rechten. Und wirtschaftlich nehmen wir aufmerksam den Verlauf der europäischen Konjunktur und Wirtschaftspolitik zur Kenntnis. Gewerkschaftlich wissen jedoch nur einige Spezialistinnen und Spezialisten, was unsere Schwesterorganisationen tun oder wie sich die Regulierung der Arbeitsbeziehungen in der EU entwickelt.

Dies ist der Hintergrund der Europakolumnen, welche in der Zeitung «work» erschienen sind und auch als Blog auf der Website des SGB zu lesen sind. Sie wollen über den helvetischen Tellerrand hinausschauen und den Blick auf wichtige Entwicklungen in der EU und ihren Mitgliedstaaten werfen. Immer unter dem Aspekt der Situation der Lohnabhängigen und der Aktion der Gewerkschaften.

Daraus ist ein differenziertes Bild entstanden: Hier hart erkämpfte soziale Fortschritte, wie z. B. in Sachen Mindestlohn. Dort tiefe Niederlagen, wie z. B. im Kampf gegen die Politik der Troika in Griechenland.

Entgegen nationalistischen Unkenrufen hat sich die EU derzeit aus ihrer existenziellen Krise rausgerappelt. Ob sie sich jedoch zu einem sozialeren Europa entwickeln kann, bleibt weiterhin umkämpft. Entscheidend wird sein, ob die Gewerkschaftsbewegung nach den Rückschlägen in der Folge der Finanzkrise wieder stärker wird.

**Andreas Rieger**

März 2018

## **2 Finanztransaktionssteuer: Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten**

Wird die Europäische Union ihre derzeitige Krise überleben? Diese Frage stellen sich immer mehr Beobachterinnen und Beobachter. Denn die EU steckt in einer desolaten Situation: Nach Jahren des wirtschaftlichen Stillstands oder Rückschritts will die Konjunktur in vielen Ländern immer noch nicht anziehen. Italien und Portugal finden weitere Kreditleihen in den Kellern der Banken. Griechenland leidet weiter unter dem Spardiktat und dem Zwang, die Steuern zu erhöhen. Und Frankreich erstickt in der Kriegsrhetorik gegen den Terrorismus.

### **Zerreisprobe**

Politisch fahren einzelne Regierungen Sonderzüge in alle Richtungen. In der Flüchtlingspolitik reisen sie die EU und das Schengen-Abkommen auseinander. Grossbritanniens Präsident David Cameron will für sein Land neoliberale Sonderlösungen. Und die Herren Orbán und Kaczynski in Ungarn und Polen ziehen ihre Länder in eine abgrundtief reaktionäre Richtung. Das Ende der EU muss das alles aber nicht bedeuten.

### **Verschiedene Tempi**

Der Tod der Europäischen Union wurde schon oft prophezeit, doch noch existiert sie. Auch deshalb, weil die einzelnen Länder unterdessen sehr stark zusammengewachsen sind. Vielleicht verstärkt sich jedoch das «Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten». Ein Beispiel: Zehn EU-Länder haben sich nach dem Crash der Finanzwirtschaft von 2008 für eine Steuer auf Finanztransaktionen (Tobin Tax) entschieden. Über eine Million Menschen in Europa unterschrieben 2015 eine entsprechende Petition von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Ihr Ziel: Die wahnwitzige Beschleunigung im globalen Casino soll durch eine Besteuerung gebremst werden. Zwar misslang die Einführung der Tobin Tax auf der Ebene der Gesamt-EU. Doch zehn Länder blieben am Ball, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Der Grundsatzentscheid für die neue Steuer ist jetzt gefallen, in den kommenden Monaten müssen noch die Details geklärt werden. Totgesagte leben länger.

5.2.2016

### **3 Portugal und Spanien: Fortschrittsregierung**

Jetzt müsse endlich Schluss sein mit der brutalen Sparpolitik, verlangten die portugiesischen Gewerkschaften vor den Wahlen im letzten Oktober. Die Bürgerlichen erlitten in der Tat eine Niederlage. Für die Gewerkschaften war darauf klar: Die fortschrittlichen Parteien müssen jetzt die neoliberale Regierung zum Teufel jagen. Die Gewerkschaften haben auch Eckpunkte für ein neues Regierungsprogramm formuliert: Heraufsetzung des Mindestlohnes, Kürzung der Arbeitszeit, Abschaffung unsozialer Zusatzsteuern, Rücknahme von Privatisierungen.

#### **Grosse Schritte**

Dank dem Druck der Gewerkschaften überwandene die linken Parteien ihre alten Streitigkeiten. Die sozialdemokratische PS stellt jetzt die Regierung und löst Punkt für Punkt das Programm ein: Die Arbeitenden erhalten vier bezahlte Feiertage zurück, welche die EU-Troika gestrichen hatte. Der Mindestlohn steigt sofort um 5 Prozent, weitere grössere Schritte folgen. Die Gewerkschaften verlangen gleichzeitig von den Arbeitgebern, dass die Löhne steigen und dass das beschädigte System der Gesamtarbeitsverträge repariert wird.

#### **Soziale Wende**

Was in Portugal überraschend schnell über die Bühne geht, ist in Spanien eine Zangengeburt. Hier haben die regierenden Bürgerlichen im letzten Dezember auch die Quittung für ihre Sparpolitik erhalten. Sie verloren fünf Millionen Stimmen, die an neue Kräfte gingen. Aber diese sind zersplittert. Fernández Toxo, Generalsekretär der Comisiones Obreras (CCOO), der grössten Gewerkschaft des Landes: «Die Wähler haben für eine soziale Wende gestimmt. Jetzt müssen sich die fortschrittlichen Parteien zusammenraufen.» Das ist auch ein Wink an die Arbeiterpartei, die PSOE, die Unterstützung von links braucht, um die Regierung zu übernehmen. Die Gewerkschaften geben den Politikern auch gleich Aufgaben auf den Weg: den Mindestlohn massiv erhöhen, die Verschlechterung des Arbeitsgesetzes aufheben, die Renten anheben. Es brauche, drängt Toxo, «eine Fortschrittsregierung».

19.2.2016

## 4 Gewerkschaften gegen den Brexit: Camerons fieser Deal

Die regierenden Konservativen in Grossbritannien sind sich einig: Sie wollen soziale Rechte abbauen. Deshalb peitschen sie ein Gesetz gegen Streiks durchs Parlament. Und deshalb ist ihnen die Europäische Union ein Hindernis. Deren soziale Regelungen gehen nämlich einiges über die britischen hinaus. Die britischen Konservativen wollen mit Europa eigentlich vor allem ungehemmten Freihandel. Doch sie sind sich uneinig, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Premierminister David Cameron hat der EU in Verhandlungen abgepresst, dass Grossbritannien die Arbeitnehmerrechte in gewissen Bereichen verschlechtern darf: weniger Kinderzulagen und Lohnzuschüsse für Zuwanderer; Einsprache bei der Einführung neuer EU-Regulierungen. Mit diesen Extrawürsten will er nun ein Volksmehr für den Verbleib in der Europäischen Union sichern. Ein Teil der Konservativen möchte aber lieber gleich austreten – Brexit. "

### Rückendeckung

Für die Lohnabhängigen in Grossbritannien ist diese Entwicklung sehr bedrohlich. Frances O'Grady, Generalsekretär des TUC, des britischen Gewerkschaftsbundes, sagt: «Im Visier der Konservativen sind die Arbeitnehmerrechte.» Der TUC hat eine lange Liste aller Errungenschaften zusammengestellt, die beim Austritt aus der EU bedroht wären: Schutz bei Mutterschaft, bezahlte Ferien, ausgebauter Gesundheitsschutz, Begrenzung der Arbeitszeit, Verbot der Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmender usw. Der TUC sagt: «Ohne Rückendeckung durch die EU sind diese Rechte bei uns nicht mehr garantiert.» Er ist deshalb gegen den Austritt aus der EU und auch gegen den Deal von Cameron. Gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften will der TUC die sozialen Rechte verteidigen und ausbauen.

4.3.2016



## 5 EU-Politik der Gewerkschaften: Kein Rückzug

Eine bemerkenswerte Konferenz fand in diesen Tagen in Rom statt: 500 Gewerkschaftsdelegierte aus ganz Europa trafen sich in jener Stadt, in der 1957 die sogenannten Römer Verträge unterzeichnet wurden. Sie waren der Ausgangspunkt für die heutige EU. Zehntausende demonstrierten damals auf Roms Strassen für das neue Europa, das Frieden und sozialen Fortschritt versprach.

### Angriffe

Welcher Kontrast zu heute: Die EU-Politik ist in vielen Bereichen «antisozial, antidemokratisch und antieuropäisch» geworden. So hart steht es in einem Konferenztext. Die Delegierten lieferten konkrete Beispiele: Angriffe auf Gewerkschaftsrechte, Gesamtarbeitsverträge und Rentensysteme. Kein Wunder, würden viele Wählerinnen und Wähler nun das Heil bei nationalistischen Parteien suchen.

### Gewerkschaften stärken

Was sollen die Gewerkschaften in dieser Situation tun? Die Delegierten wollen sich nicht ins nationale Schneckenhaus zurückziehen. Oliver Röhlig, Generalsekretär des Dachverbandes der Dienstleistungsgewerkschaften UNI Europa, begründete: «Europa ist für die Arbeitenden zu wichtig, als dass wir es dem Kapital und den Neoliberalen überlassen können.» Und: «Viele Probleme lassen sich nur länder-übergreifend lösen, da wollen wir mitbestimmen.» Das geht allerdings nur mit stärkeren Gewerkschaften.

Viele oft sehr junge Delegierte berichteten über erfolgreiche Beispiele bei der gewerkschaftlichen Organisierung in neuen Bereichen, zum Beispiel bei Online-Arbeitenden und bei Scheinselbständigen in Österreich. Oder in traditionellen Unternehmen wie den Versicherungen in Rumänien. Eine Vertreterin aus Griechenland vermeldete, dass ihre Gewerkschaft erstmals seit Jahren wieder einen GAV für das Bankenpersonal habe abschliessen können. «Jetzt erst recht», sagten sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Rom trotzig.

18.3.2016

## 6 Verhandlungen CH – EU: Fertig Rosinen gepickt!

Der Bundesrat will die Beziehungen mit der EU regeln: mit einer «einseitig anrufbaren Schutzklausel» und mit «Kontingenten» für Arbeitsbewilligungen. Halb so schlimm, könnte man sagen, damit fährt die Schweizer Regierung in Brüssel sowieso an die Wand. Aber die bundesrätliche Strategie ist nicht nur aussichtslos, sondern grundfalsch. Es ist die Rosinenpickerei, mit der die offizielle Schweiz immer wieder Schiffbruch erlitten hat.

### Keine Sonderrechte

Als kleines, stark mit dem Ausland verflochtenes Land brauchen wir enge vertragliche Beziehungen zu allen Ländern, mit denen wir einen regen Austausch haben. Verträge sind aber immer gegenseitig. Weil die Schweiz so besonders sei, beharren Schweizer Aussenpolitiker jedoch immer wieder auf Sonderrechten, auf Rosinen für die Schweiz. Beispielsweise beim Bankgeheimnis für Steuerflüchtlinge. Das Ausland werde sich «die Zähne daran ausbeissen», verkündete einst FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Gekommen ist es anders.

Auch bei den bilateralen Verträgen und der Personenfreizügigkeit mit der EU will der Bundesrat wieder nur die Vorteile. Abgemachte Regeln sollen, wenn's grad passt, sogar einseitig ausser Kraft gesetzt werden: indem die Schweiz Kontingente einführt und eine Million Arbeitnehmende aus der EU diskriminiert.

### Mehr Schutz

Diese einseitige Rosinenpickerei ist falsch. Wir wollen ein gutes Verhältnis mit unseren Nachbarn, und dazu brauchen wir gegenseitige Regeln. Gleichzeitig brauchen die Arbeitenden in der Schweiz mehr Schutz vor Dumping und Entlassungen. Mehr Weiterbildung und mehr familiengerechte Arbeitsbedingungen.

Ohne neue Abstimmung geht es nicht. Das Ziel: Ein realistisches Ja zur Fortsetzung der Bilateralen, samt Personenfreizügigkeit: Plus mehr Schutz für alle Arbeitnehmenden, die auf dem Schweizer Arbeitsmarkt sind.

8.4.2016

## 7 Flüchtlingskrise: Die Mauer von Donald Trump

Die Flüchtlingskrise ist eine der grössten humanitären Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg: Tausende Menschen sind im Mittelmeer gestorben. Sie ist aber auch eine politische Krise. Die EU ist angesichts der Millionen Asylsuchenden nicht mehr fähig, politisch zu kooperieren. Geschweige denn die solidarische Lösung umzusetzen, die das Problem sofort lösen würde: die Aufteilung der Aufnahmeplätze unter dreissig Ländern. Stattdessen zieht die EU nun neue Mauern hoch, zum Teil zwischen einzelnen Mitgliedsländern! Als der US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump ankündigte, er werde eine Mauer entlang der Südgrenze der USA bauen, gab es in Europa einen Aufschrei über «solchen Wahnsinn». Inzwischen sind bei uns 1200 Kilometer, also fast die Hälfte der Trumpschen Mauer, errichtet.

### Menschenhandel

Die Krise kann sich zur Existenzkrise der EU auswachsen. Gewisse Mitgliedstaaten stellen mit ihrem Verhalten die Grundlagen der EU in Frage. Sie verletzen laufend eigene und internationale Gesetze: Schengen, Dublin, die Flüchtlingskonvention usw. Mit der Türkei hat Bundeskanzlerin Merkel Menschenhandel abgemacht. Dieser tritt die Grundwerte mit Füßen.

Jetzt reagieren die Gewerkschaften: Aus Deutschland und aus Österreich kommt ein Appell, der «Brücken statt Mauern» verlangt. Und eine soziale Politik für alle, nicht nur für die Flüchtlinge. Die EU selbst brauche ein soziales Fundament. Weil sonst keine Solidarität spielen könne. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) packt nun auch eine Mobilisierung an. Noch vor dem Sommer wollen die Gewerkschaften zeigen, dass sie zur Aktion gegen die drohende Katastrophe fähig sind. Länderübergreifend. Der EGB-Generalsekretär Luca Visentini sagt es so: «Solidarität ist nicht antiquiert, sondern genau die richtige Antwort auf die Flüchtlingskrise.»

22.4.2016

## 8 Freihandelsabkommen: Stoppt TTIP und CETA!

Die Umweltorganisation Greenpeace hat geheime Protokolle über die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU publiziert. Brisante Details bestätigen, wie brandgefährlich diese regionalen Abkommen sind, die heute auf dem Tisch liegen.

Wiederholt sich die Geschichte? Vor zwanzig Jahren verhandelten die Grossmächte im geheimen das «Multilaterale Abkommen über Investitionen» (MAI). Indiskretionen machten es publik. Der Vertrag sollte die Investitionen der Multis vor unbeliebten Regulierungen schützen. 1998 stoppten weltweite Proteste das MAI. Und die gleiche soziale Bewegung versenkte 1999 in Seattle die Freihandelsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO).

### Kein Schutz

Das warf die Multis zurück, aber sie gaben sich nicht geschlagen und setzten zu regionalen Abkommen an: CETA (EU und Kanada), TPP (Transpazifisches Abkommen) sowie TTIP (EU und USA). Muster stand das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA. All diese Abkommen beinhalten Freihandel mit viel Schutz für die Investitionen der Multis und wenig Schutz für Mensch und Umwelt. Die Konzerne können auf Schadenersatz klagen, wenn Staaten «gewinnschädigende» Regulierungen einführen. Nestlé könnte klagen, wenn ein Land Wasser als öffentliches Gut besser schützt. Syngenta könnte gegen Staaten vorgehen, die den Anbau von genmutiertem Saatgut einschränken wollen. Bereits Realität sind solche Klagen im Rahmen von NAFTA: Nachdem der kanadische Staat seine Umweltauflagen verstärkt hatte, musste er einem Bergbauriesen 300 Millionen Dollar Schadenersatz zahlen.

### Yes, we can

Jetzt sind diese regionalen Abkommen (fast) fertig ausgehandelt und haben die sozialen Bewegungen weltweit wieder geweckt: Hunderttausende gehen auf die Strasse, von Neuseeland über die USA und Kanada bis nach Deutschland. Anlässlich des Besuchs von US-Präsident Obama mobilisierten in Mannheim Gewerkschaften, Naturfreunde, das globalisierungskritische Netzwerk Attac und Kirchen gegen TTIP und CETA. Eine der Protestierenden in Mannheim war Andrea Kocsis von der Gewerkschaft Verdi. Vor 90 000 Demonstrierenden rief sie: «Mit diesen Handelsverträgen dankt die Politik ab zugunsten der Konzernzentralen.» Und am Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) verkündete ein Riesentransparent: «Yes, we can stop TTIP!» Stoppen wie anno 1998 und 1999.

6.5.2016

## 9 Griechenland: Falsche Hilfe

2015 sah das Griechenland-Programm des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble, der deutschen «Bild»-Zeitung und vieler EU-Regierungen so aus: «Keine Milliardengelder für die Griechen! Sie haben über ihre Verhältnisse gelebt und müssen den Gürtel enger schnallen.» Das Gegenprogramm der Gewerkschaften lautete: Schuldenschnitt für die gebeutelten Griechen plus Marshallplan mit Investitionen und die Besteuerung der Reichen. Nach zähen Verhandlungen hiess der «Kompromiss»: Die EU hilft Griechenland mit Dutzenden Milliarden Euro, unter der Bedingung, dass das Land noch mehr spart.

### Luft geht aus

Ein Jahr später wird nun klar, welch schädlichen Betrug die EU-Spitze damals erzwungen hat. Griechenland hat mit seinen Rentenkürzungen, mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer usw. den Gürtel so eng schnallen müssen, dass ihm jetzt die Luft ausgeht. Seit 2010 brach das griechische Bruttoinlandprodukt um einen Fünftel ein, und auch dieses Jahr dauert die Rezession an. In der gleichen Zeit sind Griechenlands Staatsschulden um 30 Prozent gewachsen. Das ist eine Katastrophe, wie sie in Europa seit der Krise der 1930er Jahre nicht mehr vorgekommen ist. Die Politik von EU-Troika, Schäuble & Co. war also völlig kontraproduktiv.

### Faule Guthaben

Gleichzeitig lesen wir selbst in der NZZ, dass all die «Hilfspakete» der EU gar nicht den Griechinnen und Griechen oder dem Staat zugute kamen, sondern privaten Gläubigern. Die europäische öffentliche Hand hat faule Guthaben der deutschen, französischen und anderen Banken im Wert von gegen 200 Milliarden Euro übernommen. In den griechischen Staatshaushalt flossen keine 5 Prozent der EU-Hilfe.

Wenigstens hat nun auch der Internationale Währungsfonds (IWF) erkannt, dass ein Schuldenschnitt für Griechenland unausweichlich ist und weitere Sparmassnahmen ökonomisch nicht tragbar sind. Noch sträubt sich Schäuble gegen diese Einsicht.

20.5.2016

## 10 Streiks in Frankreich: Volle Kraft

Die Gewerkschaften in Frankreich stehen in einem ungewöhnlich harten Kampf, sie wollen die Revision des Arbeitsgesetzes nicht hinnehmen. Dieses will Entlassungen erleichtern und die Arbeitszeiten deregulieren. Die Medien machen uns weis, Frankreich sei diesbezüglich völlig antiquiert. Aber schon heute gibt es in Frankreich Entlassungen und flexible Arbeitszeiten – bloss müssen die Patrons je nachdem Abgangsentschädigungen und Zuschläge bezahlen. 70 Prozent der Franzosen sind gegen die Revision des Gesetzes. Aber die Regierung von Ministerpräsident Manuel Valls will es ohne Parlament durchpeitschen. Das lässt das Fass überlaufen.

Seit Wochen nehmen die Streiks zu: mal in Raffinerien und Benzindepots, mal in Häfen und AKW. Mal streiken Eisenbahner, mal Camionneure, mal Luftüberwacher. Die Kraft der Gewerkschaften überrascht alle, besonders die Medien, die die Arbeiterbewegung schon oft totgeschrieben hatten. Jetzt titelt die NZZ: «Frankreich im Würgegriff der Gewerkschaften». Und der französische «Le Figaro» schreibt: «Die Gewerkschaften wollen die Regierung in die Knie zwingen.» Gleichzeitig tun die Medien alles, um die Gewerkschaften schlechtzumachen. Es handle sich um «Minderheitsstreiks». Nur 3 Prozent aller Beschäftigten seien Mitglied der Gewerkschaft CGT. Und so weiter.

### Während der EM

Tatsache ist: 62 Prozent aller Französischen und Franzosen billigen den gewerkschaftlichen Widerstand. Auch das zeigen Umfragen. Die Streikenden kämpfen also stellvertretend für eine Mehrheit. Aber die Regierung will nicht zurückbuchstabieren. Für Staatschef François Hollande geht es um die Macht. Ein Ende des Kampfes ist deshalb nicht absehbar, Streiks sind auch für die Zeit der EM angekündigt. CGT-Chef Philippe Martinez, ein Secondo mit spanischen Eltern, sagt es immer wieder: «Wer nicht kämpft, hat von vornherein verloren, wer kämpft, kann gewinnen.» Einen ersten kleinen Erfolg verbuchen die Camionneure. Ihre Überstundenzuschläge bleiben erhalten.

3.6.2016

## 11 Gewerkschaften einig: Dumping stärkt Fremdenfeinde

Vorstandstreffen des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel. Gewerkschaftschefs aus ganz Europa tauschen Einschätzungen zu brennendsten Themen aus, so der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping. Alle sind sich einig im Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Dafür hatte sich früher schon EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker ausgesprochen. Er plante, dafür die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Arbeitnehmerentsendung zu verschärfen.

Jetzt haben aber zehn Parlamente aus Mittel- und Osteuropa dagegen Einspruch erhoben. Unterstützt wurden sie vom europäischen Arbeitgeberverband. Das empörte den österreichischen Gewerkschaftspräsidenten Erich Folgar: «Das Dumping wird massiv, wenn wir unsere Lohnnormen nicht mehr durchsetzen können. Und davon profitiert am Schluss die fremdenfeindliche Rechte», warnte er. Ähnlich scharf tönten die Interventionen der Belgier, der Holländer und Deutschen. Kein Wunder, dass alle Gewerkschaften die EU-Kommission aufforderten, sie müsse die Verschärfung der Entsenderichtlinie durchziehen.

### Gegen die Arbeitenden

Mit dabei in Brüssel war auch der streikmutige, schnauzbärtige Generalsekretär der französischen CGT, Philippe Martinez. Er stellte das Problem in einen grösseren Zusammenhang und rief: «Die Neo-liberalen wollen systematisch die Arbeitenden gegeneinander in Konkurrenz setzen und damit schwächen. Einheimische gegen Zugewanderte. Den einen Betrieb gegen den anderen. Dagegen kämpfen jetzt die Streikenden in Frankreich.»

Auch Gewerkschaftsvertreter aus Bulgarien, Tschechien und Polen meldeten sich. Zum Beispiel der Präsident des polnischen Gewerkschaftsbunds OPZZ, Jan Guz: «Unser Parlament vertritt nicht die Interessen der Arbeitenden. Die polnischen Gewerkschaften sind für gleichen Lohn am gleichen Ort.» Die OPZZ hat kürzlich bei der Gründung einer Gewerkschaft der ukrainischen Emigranten in Polen mitgeholfen. Sie haben ihre Lektion gelernt: Sie fordern polnische – und nicht ukrainische – Löhne in Polen. Und deutsche Löhne in Deutschland.

17.6.2016

## **12 Zukunft der EU: Sein oder Nichtsein**

Seit der Brexit beschlossene Sache ist, hat – was wir Gewerkschafter in den letzten Jahren immer wiederholten – Folgendes an Dringlichkeit gewonnen: Die EU wird sozialer und demokratischer, oder sie wird nicht mehr sein. Das sagten wir, als die EU-Kommission unter Präsident Manuel Barroso nur noch auf Deregulierung und Wettbewerb aller gegen alle setzte. Und wir sagten es, als die EU-Sparminister unter der Führung von Wolfgang Schäuble Millionen in der EU in die Armut trieben.

### **Drohungen**

Sicher: Es waren mehrheitlich niedere Motive, welche die Aufwallung halb Grossbritanniens für den Brexit befeuert haben. Insbesondere Fremdenfeindlichkeit und Grossmacht-Nostalgie: Die Brexit-Anführer Nigel Farage und Boris Johnson erwiesen sich als wahre Meister ihres demagogischen Fachs. Was aber waren die positiven Argumente ihrer Gegner, um die Leute für den Verbleib in der EU zu motivieren oder gar zu begeistern? Premier David Cameron und die Patrons drohten vor allem da-mit, dass es mit dem Brexit für die kleinen Leute noch schlimmer kommen würde: Verlust des Jobs, Lohnsenkungen usw. Diese Angstkampagne hat offensichtlich nicht funktioniert. Die Leute glaubten, dass es weder mit Cameron noch mit der EU besser werde.

### **Keine Perspektiven**

Die britischen Gewerkschaften zeigten zwar auf, dass Grossbritannien ohne die bestehenden EU-Regulierungen noch unsozialer würde. Aber sie und die Linke konnten der britischen Working Class nicht glaubhaft aufzeigen, dass die EU ihr und ihren Kindern Fortschritte für die Zukunft bringe. Sie konnten es nicht, weil die EU-Behörden derzeit keine solchen Perspektiven geben. Am Tag eins nach dem Brexit sagte deshalb der oberste europäische Gewerkschafter Luca Visenti: «Sparpolitik, Arbeitslosigkeit und fehlendes gemeinsames Handeln der Regierungen bringen die Leute gegen die EU auf. Die Leute wollen eine EU, die ihre Lebensbedingungen verbessert!»

1.7.2016



## 13 Personenfreizügigkeit: Eine Klärung

Die Personenfreizügigkeit muss derzeit als Sündenbock herhalten. Bei der SVP sowieso, sie war schon immer dagegen, denn sie will Kontingente und rechtlose Saisoniers. Nach der Volksabstimmung der Briten zum Brexit bezeichnete aber etwa auch der «Tages-Anzeiger» die Personenfreizügigkeit als Fehlkonstruktion und schrieb: «Mit der unbegrenzten Personenfreizügigkeit wurde hoffnungslos an den EU-Bürgern vorbeiregiert.» Was für ein Unsinn! Von den vier Grundfreiheiten der EU ist die Personenfreizügigkeit die einzige für uns Bürger und Arbeitnehmerinnen: Wir dürfen uns frei in ganz Europa bewegen, Arbeit suchen, studieren. Dies ohne fremdenpolizeiliche Schikanen, ohne unsichere Bewilligungen, ohne Ausweisungen. Das ist ein Riesenfortschritt für Millionen Arbeitnehmende aus Italien, Portugal, Polen usw. Aber auch für Hunderttausende Schweizerinnen und Schweizer, die in der EU leben und arbeiten.

### Freiheiten

Am Anfang der EU war die Freiheit der Unternehmer und Händler, ungehindert Waren in Europa auszutauschen. Dann kam die Freiheit der Kapitalisten, ihre Dienstleistungen und ihr Kapital zu verschieben. Schliesslich bekamen auch wir Bürgerinnen und Bürger unsere Freiheit, jene der Personen. Von ihr gibt es allerdings zwei grundverschiedene Typen: die neoliberale, «wilde» und die regulierte Personenfreizügigkeit. Grossbritannien erlebte die neoliberale: Britische Patrons zahlen polnischen Reinigerinnen oder Handwerkern nicht britische Löhne, sondern viel weniger. Eine weitgehend regulierte Personenfreizügigkeit gibt es dagegen in Skandinavien, denn hier sorgen weitverbreitete Kollektivverträge dafür, dass in Schweden schwedische Löhne bezahlt werden. Und im kleinen Staat Luxemburg bekämpfen Hunderte Kontrolleure das Lohndumping.

Es gibt also keinen Grund, die Personenfreizügigkeit mit dem Bade auszuschütten. Sie ist unser zentrales Recht. Nicht dieses ist das Problem, sondern sein Missbrauch durch Patrons.

## 14 Italien: Gegenoffensive

Italiens Wirtschaft steckt tief im Sumpf, sie leistet heute gerade mal so viel wie vor sechzehn Jahren. Die Folge sind Entlassungen, sinkende Kaufkraft, fehlende Investitionen und tiefe Verschuldung der Banken. Staatschef Matteo Renzi trat vor zweieinhalb Jahren dagegen an mit grossspurigen Versprechen. «Verschrotten» wolle er all die antiquierten Regulierungen in Italien. Der Applaus für den «jung-dynamischen Erneuerer» war damals gross. Doch heute sieht Renzi alt aus: zu viel warme Luft! Ernst gemacht hat er allerdings mit dem Verschrotten von Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Das Arbeitsrecht etwa deregulierte Renzi ganz nach dem Gusto der Padroni, ohne die Gewerkschaften auch nur anzuhören.

### Drei Referenden

Jetzt hat die grösste Gewerkschaft, CGIL, die Nase voll von Renzis Abwrackkurs und startet eine Gegenoffensive. Sie hat drei Referenden mit je einer Million Unterschriften deponiert: Gegen die Schwächung des Kündigungsschutzes bei Entlassungen. Gegen die Aufweichung der Solidarhaftung der Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen. Und gegen die Ausweitung von Hungerlöhnen. Abstimmen wird Italien voraussichtlich nächstes Jahr.

### Eine Initiative

Gleichzeitig hat die CGIL eine Volksinitiative für ein neues Grundgesetz der Arbeitsrechte lanciert. Dieses geht über das bestehende «Statuto dei lavoratori» hinaus, das in den 1970er Jahren mit Massenstreiks erkämpft wurde und seither diverse Amputationen erfuhr. Das neue «Statuto» soll für alle Lohnabhängigen gelten. Ob fix oder prekär angestellt, ob in der Industrie oder im Dienstleistungssektor tätig, ob Arbeiterin oder Angestellter: ihre Rechte sollen besser abgestützt sein. In Tausenden Betriebsversammlungen war die Initiative vorbereitet worden. Jetzt läuft die Unterschriftensammlung in Betrieben und auf Plätzen. Die Generalsekretärin der CGIL, Susanna Camusso, ist zuversichtlich: «Wir werden mehr als eine Million Unterschriften zusammenbringen.»

2.9.2016

## 15 Barroso & Delors: Zwei Gesichter

Jacques Delors ist ein französischer Christlich-Sozialer und steht für das soziale Europa der Arbeitenden und Bürger. Das war auch seine Ausrichtung, als er Chef der EU-Kommission war. Und inzwischen im hohen Alter ist er immer noch überzeugt: Entweder die EU werde wieder sozialer, oder sie verliere die Unterstützung der Leute ganz. Jacques Delors tritt immer wieder bei den Gewerkschaften auf, etwa an Kongressen des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

### Ins Bett der Superreichen

José Manuel Barroso ist ein portugiesischer Katholisch-Konservativer und steht für das Europa der Geldsäcke. Auch er war Chef der EU-Kommission bis Ende 2014. Danach konnte er nicht schnell genug ins Bett der Superreichen schlüpfen: Erst schrieb er sich bei der Bilderbergkonferenz ein, einem Geheimtreffen von Grosskapitalisten. Und jetzt präsidiert er Goldman Sachs, die politisch wohl einflussreichste Bank der Welt. Das US-Finanzinstitut löste an der Wall Street 2007 zusammen mit anderen Banken den grössten Finanzcrash des Jahrhunderts aus. In Europa fälschte Goldman Sachs die Bilanz des griechischen Staats, damit das Land zum Euro zugelassen wurde. Wohl nicht uneigennützig. Wenn Barroso jetzt am Kopf dieser Bank sitzt, ist das kein Verrat seiner früheren Politik, sondern ihre Fortsetzung: Barroso hatte zusammen mit Englands Premier Tony Blair für den Krieg im Irak getrommelt. Barroso hatte die EU ab 2010 auf brutalsten Sparkurs getrimmt – Millionen Arbeitslose sind die Folge. Barroso hatte noch nie etwas für die Forderungen der Gewerkschaften übrig: Er machte sich öffentlich über Coiffeusen lustig, weil diese von der EU mehr Arbeitssicherheit und Richtlinien gegen krebserregende Stoffe forderten.

### Sie schämen sich

José Manuel Barroso provoziert: Tausende EU-Verwaltungsangestellte schämen sich ob ihres ehemaligen Chefs und haben eine Petition lanciert. Sie verlangen unter anderem die Einstellung seiner Rente. Jean-Claude Juncker, Barrosos Nachfolger, will jetzt den neuen Job seines Vorgängers durchleuchten lassen.

Die EU hat zwei Gesichter: ein soziales und ein antisoziales.

16.9.2016

## **16 100 Millionen Pensionierte: Was macht die grosse Macht?**

«Weisst du, wie viele es sind?» fragt Carla Cantone und gibt die Antwort gleich selbst: «100 Millionen! So viele Pensionierte gibt es heute in Europa, und es werden immer mehr.» Carla Cantone ist Generalsekretärin der FERPA, der Föderation der europäischen Rentnerinnen und Rentner, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die Unia-Rentnerinnen und -Rentner sind bei der FERPA bisher Beobachter.

### **Neue Altersarmut**

Die Mehrheit der Pensionierten in Europa ist heute nicht auf Rosen gebettet. So verfügen die meisten Länder nicht über ausreichende und gute Care-Dienste. Und die Altersrenten wurden durch die vorherrschende Sparpolitik der letzten 20 Jahre in den meisten Ländern eingefroren oder gar gekürzt. Das Rentenalter wurde zudem vielerorts auf 67 Jahre erhöht – die Leute aber vorher in Pension geschickt – mit gekürzten Renten. Deutschland, Spanien und andere Länder entdecken jetzt, dass sie auf eine neue Altersarmut zusteuern.

### **Aufstand der Rentner**

Die Macht der Rentnerinnen und Rentner ist nicht zu unterschätzen. Sie verschafften in den Europawahlen 2014 den Konservativen ihren Vorsprung. Der Brexit, der Austritt Grossbritanniens aus der EU, wurde durch die über 60jährigen entschieden. Und genauso die SVP-Abschottungsinitiative. Aber die Älteren könnten auch für soziale Rechte eintreten. «Stell dir vor, Millionen Pensionierte würden europaweit aufstehen und gegen tiefe Renten und schlechte Pflege protestieren!» Das will Carla Cantone mit der FERPA erreichen. Carla ist gewitzt durch jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit in Italien beim Gewerkschaftsbund CGIL. Da hat sie gelernt, dass Lobbyarbeit bei der Regierung nicht genügt. Deshalb plant sie unter anderem eine europäische Bürgerinitiative für ein Recht auf qualitativ gute Care-Dienste in ganz Europa. Mit ihren zehn Millionen Mitgliedern könnte die FERPA diese Aufgabe stemmen.

4.11.2016

## 17 Ceta ist noch nicht gebongt: Es lebe Wallonien!

Hunderttausende haben im Herbst in Deutschland, Belgien und in Bern gegen die Freihandelsabkommen Ceta, TTIP und Tisa demonstriert. Überall waren die Gewerkschaften vorne mit dabei. Meinungsumfragen zeigen bei der Bevölkerung eine Ablehnung, in Österreich von über 70 Prozent!

### Ein gallisches Dorf

Beim europäisch-kanadischen Abkommen Ceta hat dieser Druck gewirkt. Die EU musste mit Kanada kurz vor der Unterzeichnung noch einen Anhang ausknobeln: Die Abkommen sollen keine Privatisierungen und kein Sozial- und Umweltdumping bewirken. Die rechtliche Wirkung des Anhangs war aber umstritten. Da stellte sich das Parlament der Wallonen, der französischsprachigen Belgier, quer. Unerschrocken wie ein gewisses gallisches Dorf. Unterstützt von den belgischen Gewerkschaften, fanden die Wallonen im tausendseitigen Vertragswerk Unverdaubares – und zögerten die Ratifizierung von Ceta hinaus. Trotz anschliessendem medialem Shitstorm («Hinterwäldler!») erhielt Belgien einige Garantien im Hinblick auf die definitive Ratifikation und stimmte vorläufig zu.

### Skepsis bleibt

Der Ceta-Vertrag ist unterzeichnet und tritt 2017 in Kraft, aber nur provisorisch. Vierzig nationale und regionale Parlamente in der EU müssen ihn noch definitiv absegnen. Das wird Jahre dauern. Nicht nur die Wallonen werden das Abkommen genau prüfen. Noch nicht in Kraft tritt das neu vorgesehene öffentliche Investitionsgericht. Ob dieses jemals die Zustimmung aller erreichen wird, ist sehr fraglich.

Der Druck der letzten Monate hat zwar nicht gereicht, um Neuverhandlungen zwischen der EU und Kanada zu starten, wie dies der Europäische Gewerkschaftsbund gefordert hatte. Aber der Vertrag wurde verbessert. Noch ist Ceta nicht gebongt. Kurzfristig liegt die Aufmerksamkeit der Opposition jetzt aber beim viel gefährlicheren Tisa-Abkommen. Wer sind da die Wallonen, die den Regierungen einen Strich durch die Rechnung machen?

18.11.2016

## 18 Stahlarbeiter vereint: Eine Branche mobilisiert

Die Arbeiter einer ganzen Branche wehren sich, und zwar europaweit. Dass das in der Gewerkschaftsbewegung selten, aber möglich ist, zeigten die Stahlarbeiter im November in Brüssel, zusammen mit ihrer Dachgewerkschaft IndustriAll Europe.

Über 15 000 Búezer von Portugal bis Polen demonstrierten gegen den Abbau von Jobs und gegen die Deindustrialisierung. In ihrer Branche wurden allein seit dem Finanzcrash von 2009 ein Fünftel der 400 000 Arbeitsplätze vernichtet. Und ein neuer Abbauschub steht bevor. Derzeit wird Europa mit Stahl aus China zu Dumpingpreisen eingedeckt. China pushte die Stahlproduktion mit viel Staatsgeldern. In den USA reagierte selbst Freihandels-Turbo Barack Obama mit hohen Einfuhrzöllen auf dieses Stahldumping. Aber die EU-Politikerinnen und Politiker überlassen alles dem Markt. Und mit ihrer Sparpolitik haben sie die Nachfrage nach Stahl noch zusätzlich gebremst.

### Ökobilanz

Jetzt stehen die Stahlarbeiter mit ihren Gewerkschaften auf. Sie verlangen den Schutz der Arbeitsplätze, eingebettet in eine europäische Industriepolitik. Den Einwurf, die Stahlproduktion sei dreckig, lässt der Experte Heiko Reese von der deutschen Industriegewerkschaft IG Metall nicht gelten: Europa habe – mehr als andere – Fortschritte gemacht, und weitere nachhaltige Technologien seien in Entwicklung. Ein Abbau der Stahlkocher in Europa und die Verlagerung auf die andere Seite der Erde machten die Ökobilanz schlechter.

Auf dem Spiel stehen nicht nur Jobs in der Stahlbranche. Denn diese sind meist der Ausgangspunkt einer ganzen Wertschöpfungskette. So warnte Jörg Hofmann, Präsident von IndustriAll Global, an der Demonstration in Brüssel: «Geht die Stahlindustrie den Bach runter, sind in Europa Hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr.» Ein riesiges Spruchband der portugiesischen Delegation drückte es noch plastischer aus: «Europa ohne Stahl schmilzt wie ranzige Butter an der Sonne.»

2.12.2016

## 19 Spanien: Die Macht der Strasse

Vor einem Jahr hatte die Mehrheit der Spanierinnen und Spanier genug von sechs Jahren neoliberaler Sparpolitik, die Löhne und Renten senkte und die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe trieb. Die amtierende Regierung des neoliberalen Partido Popular mit Ministerpräsident Rajoy bekam in den Wahlen eine Abfuhr und weniger als 30 Prozent der Stimmen. Neue Hoffnungsträgerin der Jungen, von denen jede und jeder dritte arbeitslos ist, wurde die Bewegung Podemos. Sie kam auf etwas über 20 Prozent, wie auch die Sozialdemokraten von der PSOE.

### Mehrheit

Die Gewerkschaften verlangten nun eine «Regierung des Fortschritts», welche die Löhne wieder anheben und gute Jobs schaffen sollte. Zusammen mit den Basken und den Katalanen hatten die Parteien links von Rajoy eine klare Mehrheit im Parlament. Doch sie verpassten die Chance. Den Sozialdemokraten war Podemos zu «populistisch» und die Basken und Katalanen zu autonomistisch. Podemos hackte auf die zögerlichen Sozis ein und verlangte einen führenden Platz in der Regierung. Zuletzt lacht jetzt Rajoy. Er konnte eine Minderheitsregierung bilden, unterstützt unter anderem von der Mehrheit der PSOE!

Das ist bitter für die Gewerkschaften, die Parteilose, Sozis, Podemisten und viele andere Parteigänger vereinen. Jetzt setzen sie auf die Kraft in den Betrieben und auf der Strasse. Erstmals seit drei Jahren mobilisieren sie wieder. Pepe Álvarez von der Gewerkschaft UGT verkündet: «Wir bauen wieder Muskeln auf.» Für die landesweiten Aktionen diese Woche wurden Hunderttausende Teilnehmende erwartet.

Einen ersten Erfolg konnten die Gewerkschaften bereits verbuchen: Rajoy erhöht den gesetzlichen Mindestlohn in einem Schritt um 8 Prozent. Doch das genügt nicht, sagt der Gewerkschafter Ignacio Toxo von den Comisiones Obreras: «Wir müssen der Regierung mit Mobilisierungen Beine machen.»

16.12.2016

## 20 Polnische Politik: Stinkreaktionär, aber sozial

«Politik kann sehr widersprüchlich sein», klagt Gewerkschafter Adam Rogalewski. Er ist sowohl für die Unia wie auch für die polnische Gewerkschaft OPZZ aktiv. Unter Ministerpräsident Donald Tusk war Polens Regierung neoliberal, baute Sozialrechte ab. In den Wahlen von 2015 wurde sie mit Schimpf und Schande verjagt. Die heutige Regierung, mit dem starken Mann Jaroslaw Kaczynski im Hintergrund, ist dagegen nationalistisch und stinkreaktionär. Aber sie gebärdet sich sozial. Sie hat den Mindestlohn heraufgesetzt. Die Erhöhung des Rentenalters rückgängig gemacht. Sie erhöht die Kinderzulagen und plant, das Arbeitslosengeld aufzustocken. Schliesslich aktivierte sie mit den Gewerkschaften die tripartite Kommission, die Fragen des Arbeitsmarktes behandelt.

### Ideologisch

Gesellschaftspolitisch aber ist die Kaczynski-Regierung eine Katastrophe: Aushebelung der Pressefreiheit, Amputation des Demonstrationsrechts, Unterwerfung des Verfassungsgerichts unter die Regierung, rassistische Politik gegen Einwanderer usw. Derzeit bereitet die Regierung eine verheerende Schulreform vor. Tausenden widerständigen Mittelschullehrerinnen und -lehrern droht die Entlassung. Es gibt neue Lehrmittel, die vor reaktionärer Ideologie triefen: mehr Nationalgeschichte, weniger Fremdsprachen und Naturwissenschaften. Gewerkschafter Rogalewskis Gewerkschaft kämpft dagegen an: «Bei uns sind viele Lehrer organisiert, die sich zusammen mit anderen aus der Zivilgesellschaft wehren.» Solcher Widerstand kann erfolgreich sein: Im letzten Oktober zwangen riesige Demos die polnische Regierung zurückzukrebsen. Sie hatte praktisch ein Abtreibungsverbot durchsetzen wollen.

### Gewerkschaften nicht einig

Leider aber sind sich die polnischen Gewerkschaften nur in der sozialen Frage einig. Die Gewerkschaft Solidarnosc steht ideologisch der Regierung nahe. Sie hat deshalb die Opposition in Sachen Pressefreiheit, Schwangerschaftsabbruch und Schulreform nicht unterstützt.

3.2.2017



## **21 Internationale Gewerkschaftskampagne: Lohnerhöhung für Europa**

Langsam quält sich Europa aus der wirtschaftlichen Baisse heraus, die seit dem Finanzcrash von 2008 herrscht. Doch die Folgen sind nach wie vor spürbar. Mit einer Lohnoffensive gibt der Europäische Gewerkschaftsbund EGB Gegensteuer.

In elf EU-Ländern haben die Lohnabhängigen von 2010 bis 2016 reale Einkommenseinbussen erlitten. Sie können sich also mit ihrem Verdienst weniger leisten. Minus zehn Prozent in Spanien, minus zwanzig in Griechenland. Auch in Belgien, Österreich und Grossbritannien sind die Real-löhne gesunken. Obwohl die Produktivität (also wieviel in einer bestimmten Zeit produziert wird) in diesen Jahren zugenommen hat. Das heisst: In fast ganz Europa ist der Anteil der Arbeitenden am Wirtschaftskuchen kleiner geworden.

### **Lohnerhöhungen brauchen gesamtarbeitsvertragliche Verhandlungen**

Deshalb sind jetzt Lohnerhöhungen angesagt. Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB lanciert dafür eine länderübergreifende Kampagne: "Europe needs a pay rise" ist das Motto, "Europa braucht eine Lohnerhöhung".

Den Lead hat Esther Lynch, eine toughe Gewerkschaftsführerin aus Irland. Sie hält fest: "Unser Aufschwung beginnt im Portemonnaie." Und sagt auch klar, wie dies zu erreichen sei: "Lohnerhöhungen brauchen gesamtarbeitsvertragliche Verhandlungen." Individuelle Bittgänge führten nicht weit. Gerade die Gesamtarbeitsverträge haben in den letzten Jahren unter dem Diktat der europäischen Troika und der Sparpolitik gelitten.

### **Die deutschen Gewerkschaften zeigen, was drinliegt**

Was drinliegt, zeigen die deutschen Gewerkschaften. Sie legten ihre Zurückhaltung ab und erkämpften seit 2014 jedes Jahr im Durchschnitt über zwei Prozent reale Lohnerhöhungen. Dazu brauchte es auch Streiks, bei den Kindertagesstätten, in der Metallindustrie usw. Dank dem neuen gesetzlichen Mindestlohn bekamen gleichzeitig drei Millionen Arbeitende mit Tiefstlöhnen eine Lohnerhöhung.

Davon kann der Rest Europas lernen. Auch wir in der Schweiz, wo real in der gleichen Zeit jeweils weniger als ein Prozent herauschaute. Europa braucht eine Lohnerhöhung, genauso wie die Schweiz. Und dies nicht wie bisher vor allem in den obersten Etagen.

14.2.2017

## 22 Nach dem Brexit-Entscheid: EU-Bürger in Geiselhaft

Zehntausende EU-Bürgerinnen und –Bürger in Grossbritannien bekamen von der britischen Einwanderungsbehörde dicke Post: «Wir fordern Sie auf, Ihre Ausreise aus Grossbritannien vorzubereiten.» Und weiter: «Sollten Sie nicht freiwillig Folge leisten, müssten Sie mit einer Ausweisung rechnen.» Der Brief ging auch an Leute, die seit über 20 Jahren in Grossbritannien leben und arbeiten, mit Britinnen und Briten verheiratet sind und Kinder mit britischem Pass haben.

### Poker

Nach der Brexit-Abstimmung war allen klar, dass es künftig eine staatliche Steuerung geben wird, welche die Einreise von EU-Bürgerinnen und -Bürgern ins Vereinigte Königreich regelt. Denn Brexit heisst auch explizit Schluss mit der EU-Personenfreizügigkeit. Für bereits Eingewanderte sah man anfangs kein Problem. Als diese von der Regierung aber eine Zusicherung wollten, dass ihr Aufenthalt nicht in Frage gestellt sei, kam die Antwort von Ministerpräsidentin Theresa May brutal: «Ich kann dieses Pfand für die Verhandlungen mit der EU nicht aus der Hand geben.»

Im kommenden Ringen um Zölle, Grenzen und Milliardenzahlungen will May die drei Millionen EU-Bürger in ihrem Land als Verhandlungsmasse benutzen. Auch die 1,2 Millionen Britinnen und Briten, die derzeit in EU-Ländern leben, sind Teil des Pokers. Der britische und der europäische Gewerkschaftsbund fordern deshalb, dass den bereits Ansässigen in allen EU-Staaten der Aufenthalt garantiert wird: «Die Eingewanderten dürfen nicht zu Geiseln im Brexit-Verhandlungspoker werden.» Bisher sind sie nicht durchgedrungen.

Die Geschichte zeigt, was die Abschaffung der Personenfreizügigkeit für die Menschen in Europa bedeutet: nicht nur neue Einreisekontrollen, sondern auch neue Macht für die «Fremdenpolizei». Diese kann künftig in das Leben der Eingewanderten eingreifen, willkürlich eine Verlängerung des Aufenthalts in Frage stellen, Ausweisungen vornehmen usw. Das sollte uns in der Schweiz eine Lehre sein.

17.2.2017

## 23 Verantwortung der Multis: Frankreich macht's vor

Französische Unternehmen können in Zukunft nicht mehr folgenlos über Schweinereien ihrer Tochterfirmen und Lieferanten im Ausland hinwegsehen. Sie sind per Gesetz zu einem Sorgfaltsplan («plan de vigilance») verpflichtet. Darin sollen sie Massnahmen festlegen, wie Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und Gesundheitsschädigung verhindert werden können. Erstellen die Firmen keinen Plan oder setzen diesen nicht um, kann das Unternehmen gebüsst werden. Das Gesetz gilt für Unternehmen ab 5000 Mitarbeitenden.

Man könnte meinen, eine solche Sorgfaltspflicht sei eine Selbstverständlichkeit. Dem ist aber nicht so. Frankreich ist hier stolze «Avantgarde», zusammen mit nordeuropäischen Ländern. Der französische Arbeitgeberverband lamentiert denn auch, die gesetzliche Pflicht schade der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Man müsste so etwas – wenn schon – auf EU-Ebene regeln. Dies stimmt zwar, aber jemand muss ja beginnen.

### Fakultativ

Gerade für die Schweiz kann die französische Sorgfaltspflicht Vorbild sein. So sagt der Entwicklungsexperte Peter Niggli: «Unsere Volksinitiative geht genau in die gleiche Richtung.» Er ist im Komitee der Konzernverantwortungsinitiative, die letztes Jahr mit 120 000 Unterschriften eingereicht worden ist und die die Schweizer Konzerne beim Schutz von Mensch und Umwelt in die Pflicht nehmen will. Sie hat die Multis und ihren Verband Swissholdings auf den Plan gerufen. Dieser sieht wieder einmal den «Standort Schweiz» gefährdet. Nichts gegen Sorgfalt und Verantwortung, sagt Swissholdings, aber nach dem «Prinzip der Selbstregulierung». Also einmal mehr alles fakultativ. Wie jahrzehntelang bei der Deklaration von Fluchtgeldern.

Der Bundesrat hat diesem Druck wieder einmal nachgegeben und lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Obwohl das Justizdepartement einen Vorschlag dafür gemacht hatte. Avantgarde, wenn's um soziale Verpflichtung der Unternehmen geht, ist der Bundesrat nicht. Einmal mehr gehen andere Länder voran. Aber muss die Schweiz immer Schlusslicht sein?

3.3.2017

## 24 Lohngleichheit in Island: Etwas Radikales

Island ist ein kleines Land und Mitglied der EFTA, der europäischen Freihandelsassoziation. Wie die Schweiz. In Island verdienen die Frauen weniger als die Männer. Bisher sollte ein Gleichstellungsgesetz Abhilfe schaffen, das auf freiwillige Massnahmen der Arbeitgeber setzte. Wie in der Schweiz.

Island ist weltweit das Land mit der geringsten Lohnungleichheit, das zeigt eine internationale Rangliste. Die Schweiz liegt dagegen weit abgeschlagen. Dennoch ruht sich die isländische Regierung nicht auf den Lorbeeren aus. Für sie ist es unerträglich, dass Frauen immer noch 14 bis 18 Prozent weniger Lohn bekommen. So geht es nicht mehr weiter, verkündete vor dem Frauentag vom 8. März 2017 der isländische Sozial- und Gleichstellungsminister Thorsteinn Viglundsson: «Jetzt muss etwas Radikales geschehen!» Ziel ist das Ende der Lohndiskriminierung innert fünf Jahren. Dazu wird Island als erstes Land per Gesetz von den Unternehmen den Nachweis verlangen, dass sie Frauen und Männern bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn zahlen. Viglundsson sagt: «Dieser Nachweis ist zwar mühsam für die Unternehmen. Wie wenn sie Steuererklärungen ausfüllen und Jahresabschlüsse publizieren müssen. Aber wenn wir im Kampf gegen die Ungerechtigkeit erfolgreich sein wollen, müssen wir neue Schritte wagen.»

### Kämpferisch

Welch ein Unterschied zur Schweiz! Bei einem ersten Platz auf der internationalen Rangliste würde sich FDP-Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann auf die Schulter klopfen und die Unternehmen überschwänglich loben. Nun sitzt die Schweiz aber auf den hinteren Rängen der Liste. Freiwillig passierte gar nichts. Darauf hat SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga verbindlichere Instrumente gegen die Lohnungleichheit vorgeschlagen. Eine harte Opposition von Arbeitgeber Spitzen und bürgerlichen Parteien will jetzt aber erneut alle schärferen Massnahmen ersticken.

Übrigens: Es ist den kämpferischen Frauen zu verdanken, dass die isländische Regierung vorwärtsmacht. Schon 1975 organisierten sie einen ganztägigen Frauenstreik – ein Vorläufer des Streiks von 1991 in der Schweiz. Jetzt sind die Isländerinnen wieder Vorläuferinnen.

17.3.2017

## **25 60 Jahre EU: Europa auf der Kippe**

Zum 60. Geburtstag der EU fordert der Europäische Gewerkschaftsbund "konkrete Antworten auf das Desaster, das Bankenkrise und jahrelange Sparpolitik angerichtet haben".

Die EU feiert dieser Tage ihr 60jähriges Bestehen. Ein Erfolg: Die europäischen Nationen haben seither keine Weltkriege mehr angezettelt. Und für die Völker, die lange in einer Diktatur lebten, bedeutete die EU Demokratie: für Spanien, Portugal und die Oststaaten. Die EU stand auch mehrere Jahrzehnte lang für Wirtschaftswachstum und ein besseres Leben in einem immer grösser werdenden Binnenmarkt.

Das hat sich jedoch dramatisch verändert. Heute steht die EU auch für 20 Millionen Arbeitslose und Einkommensverluste für weite Teile der Arbeitenden. Die Zukunft der EU ist auf der Kippe. Kommt jetzt der Niedergang, ja gar der Zerfall? Der Brexit, also der Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union, könnte ein Zeichen dafür sein. Der Aufschwung der rechten Nationalisten in verschiedenen Ländern ein anderes.

### **Europa soll wieder sozialer werden**

Aber es ist auch möglich, dass die EU sich wieder fängt. Mit Grossbritannien tritt ein Land ab, das den sozialen Fortschritt immer abbremste und nach mehr Deregulierung rief. Der Brexit und die Gefahr des Zerfalls können Anstoss dafür sein, dass die EU-Führung endlich wieder Reformen anpackt, die Jobs schaffen und das Leben der Leute verbessern.

Die feierliche Erklärung der 27 EU-Staaten aus Anlass des runden Geburtstags zielt unter anderem auf ein "Europa, das Arbeitsplätze schafft" und ein "soziales Europa, das der Schlüsselrolle der Sozialpartner Rechnung trägt und Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpft".

Als die Regierungschefs ihre Unterschrift darunter setzten, war Luca Visentini vom Europäischen Gewerkschaftsbund dabei. Sein Kommentar: "Schöne Worte, die nun in Taten umgesetzt werden müssen. Die Arbeitenden wollen konkrete Antworten auf das Desaster sehen, das Bankenkrise und jahrelange Sparpolitik angerichtet haben." Ende April werden wir mehr wissen: Auf diesen Termin hat die EU-Kommission ein Paket für die Förderung "sozialer Rechte" versprochen.

31.3.2017

## **26 Dumping in der Transportbranche: Die letzten Dämme verteidigen**

Wer "Schweizer Löhne auf Schweizer Strassen und Schienen" will, muss die bestehenden Dämme halten und verstärken. Zum Beispiel mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen.

Die Löhne sind kaum irgendwo so stark unter Druck wie bei den Chauffeuren. Unternehmer aus Osteuropa hetzen Lastwagenfahrer für ein paar Euro Stundenlohn im Transitverkehr quer durch Europa. Noch gibt es Dämme, die das schlimmste Dumping verhindern: die Gewichtslimite von maximal 40 Tonnen pro Fahrzeug, das Nacht- und Sonntagsfahrverbot und das Verbot der "Kabotage": Transporte innerhalb eines Landes dürfen nicht von Unternehmen aus dem Ausland gemacht werden.

Mit diesen Regulierungen ist einigermaßen gesichert, dass die Firmen für Inlandtransporte ortsübliche Löhne bezahlen. In Österreich hat die Gewerkschaft Vida aber festgestellt, dass ausländische Unternehmen bereits 20 Prozent der Binnentransporte ausführen, trotz Kabotageverbot. Das bedeutet einen Verlust von 10 000 Arbeitsplätzen.

### **Zu Hungerlöhnen durch Europa**

Nun wollen die neoliberalen Turbos diese Dämme überall schleifen. Die Transportpreise sollen weiter fallen, obwohl sie die Gesamtkosten schon lange nicht mehr decken. Zuoberst auf der Abschussliste steht das Verbot der Kabotage. Ist es weg, fällt auch die einheimische Transportwirtschaft – von Italien über die Schweiz bis nach Schweden.

Gemeinsame Sache mit den Neoliberalen machen die osteuropäischen Regierungen. Sie wittern grosse Geschäfte. Ihnen ist egal, wenn Fahrer aus ihren Ländern zu Hungerlöhnen rumkurven müssen. Für diese sind Chauffeuren-Gasthöfe längst Nostalgie. Tagelang, wochenlang leben sie in ihren Kabinen an den Strassenrändern und ernähren sich von Mitgebrachtem. Weil sie die Preise vor Ort mit ihren Löhnen nicht zahlen können.

Für die Gewerkschaften der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) ist deshalb klar: Zu zahlen sind die Löhne vor Ort. Giorgio Tuti, Präsident der Schweizer Bähnlergewerkschaft SEV und der ETF-Bähnler, fordert: "Schweizer Löhne auf Schweizer Strassen und Schienen." Dazu müssten die bestehenden Dämme gehalten und verstärkt werden. Zum Beispiel mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen.

13.4.2017

## 27 Die Wir-zuerst-Politik: Überall der gleiche Slogan

Gegen EU, gegen Roma, gegen Flüchtlinge und gegen NGO, das kennen wir auch von Schweizer Rechtspopulisten. Doch alle gegen alle ist auch das Spiel der Neoliberalen.

Es war der Kernpunkt von Donald Trumps Antrittsrede als Präsident: "Vom heutigen Tag an wird eine neue Vision unser Land regieren: America first!" Diesen roten Faden hat er eingehalten. Zuerst kommen die Starken, und die will er noch stärker machen: Die US-Banken sollen entlastet werden und die US-Armee noch mehr Geld bekommen. Zuletzt kommen die Schwachen. Die Sanspapiers weist Trump tausendfach aus, die Entwicklungshilfe streicht er zusammen. Und die Mexikaner will er für die Grenzmauer selbst bezahlen lassen.

### Le Pen und Lega

In Europa politisieren viele schon lange auf Trumps Linie: "La France d'abord", Frankreich zuerst, das ist ein alter Schlachtruf des Front national. Dieser witzelte nach der Antrittsrede Trumps, der US-Präsident habe Marine Le Pen das Programm geklaut. Sie will alles Französische stärken. Das Ausland und die EU schwächen. Und vor allem die Schwächsten im Land, die Eingewanderten. "British first" heisst der Schlachtruf der Rechtsextremen in Grossbritannien. In der Logik "Grossbritannien vor EU" haben die Konservativen den Brexit erreicht und politisiert heute Ministerpräsidentin Theresa May. Die eigene Nation hat auch für die Regierungen in Polen und Ungarn absoluten Vorrang. "Ungarn zuerst" richtet sich gegen die EU, gegen die Roma, gegen die Flüchtlinge und gegen die Nichtregierungsorganisationen. Und selbstverständlich kennen wir diesen rechten Nationalismus auch in der Schweiz: von SVP und Lega. Im Tessin machen beide Druck mit dem Slogan "Prima i nostri" (zuerst die Unseren).

### Kontrapunkt 1. Mai

"Wir zuerst", das sagen aber nicht nur die Nationalisten. Die Neoliberalen verfolgen mit ihrer Standortkonkurrenz das gleiche Prinzip. Jedes Land, jeder Kanton soll bei den Ersten sein und ständig die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenten erhöhen. Mit tieferen Steuern. Mit günstigeren Löhnen. "Alle gegen alle", heisst auch das Spiel der Neoliberalen. Das Prinzip der Gewerkschaften ist ein grundlegend anderes: kooperieren, zusammenarbeiten. Es können nicht alle die Ersten sein. Nicht mal die Zweiten oder Dritten. Am 1. Mai heisst es deshalb wieder weltweit: "Zusammen sind wir stärker!"

28.4.2017

## **28 Nach der Wahl in Frankreich: Totgesagte leben länger**

Heute gilt: Wer die Lebensbedingungen der 500 Millionen Europäerinnen oder im eigenen Land verbessern will, muss die Politik der EU beeinflussen.

Wie viele Male ist die EU totgesagt worden! Von US-Präsident Donald Trump, von der französischen Ultranationalistin Marine Le Pen, von SVP-Führer Christoph Blocher, von unserem Nationaldichter Thomas Hürlimann. Und nun stellt man fest: Mit der EU ist auch in Zukunft zu rechnen. Hauptgrund dafür: Wirtschaftlich und gesellschaftlich sind die Länder Europas unterdessen sehr zusammengewachsen, das gibt Kitt. Deshalb gilt: Wer die Lebensbedingungen der 500 Millionen Menschen auf dem alten Kontinent, aber auch im eigenen Land, verbessern will, muss die Politik der EU beeinflussen. Nur Grössenwahnsinnige wie die britische Premierministerin Theresa May oder die Schweizer Auns glauben, ihrem Land gehe es ohne EU besser.

### **EU: einen Zacken zulegen– nur: in welche Richtung?**

Wohin sich die EU entwickelt, ist jedoch offen. Nach 2010 ist sie die tiefe Wirtschaftskrise grundfalsch angegangen. In der Flüchtlingskrise ist sie mangels Solidarität gescheitert. Diese Schwäche hat der äusseren Rechten Raum gegeben und die EU-Politik zusätzlich gelähmt. Nach der Wahl in Frankreich ist es aber durchaus möglich, dass die EU wieder einen Zacken zulegt. Fragt sich bloss, in welche Richtung?

Die EU-Kommission hat eine Diskussion über die Zukunft eröffnet. Weiter mit der Deregulierungspolitik und dem Wettbewerb aller gegen alle? Gemeinsame Wirtschaftspolitik mit einem gemeinsamen Budget? Ein Paket für die Förderung der sozialen Rechte, eine "soziale Säule" für Europa? Dazu hat die EU-Kommission vor kurzem einen Katalog gutgemeinter, aber unverbindlicher Vorschläge gemacht. Bloss einer soll verbindlich werden: ein Vaterschaftsurlaub von mindestens 10 Tagen und ein Mutterschaftsurlaub von wenigstens 16 Wochen. Dieser Punkt wäre zwar für einige Länder, auch für die Schweiz, ein Fortschritt. Aber eine "soziale Säule" für Europa ist der Katalog noch nicht. Erich Folgar, Präsident der österreichischen Gewerkschaften, kritisiert: "Unverbindliche Grundsätze haben wir bereits genug in der EU." Der Kampf geht also weiter. Nicht für oder gegen die EU, sondern um ihre Ausrichtung.

12.5.2017



## 29 Italien: Erfolg für die Gewerkschaft

Die italienische Gewerkschaft CGIL wehrt sich erfolgreich gegen die Deregulierung des Arbeitsgesetzes.

Je eine Million Unterschriften hat die Gewerkschaft CGIL in Italien für verschiedene Referenden gesammelt. Eines verlangte die Abschaffung der "Vouchers": Diese boten anfangs die Möglichkeit, kleine Arbeiten in Privathaushalten vereinfacht zu entlohnen. Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Matteo Renzi lockerte jedoch die Bedingungen, und bald wurden Hunderttausende prekär mit solchen Vouchers bezahlt. Das zweite Referendum verlangte, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben die Einhaltung von sozialen Standards wieder Voraussetzung werde. Beide Forderungen gegen die Deregulierung des Arbeitsgesetzes waren sehr populär. Die Regierung wollte deshalb eine Abstimmung vermeiden und akzeptierte sie vor dem auf Ende Mai angesetzten Abstimmungstermin. Die Medien schrieben: "Ein grosser Erfolg für die CGIL." Das kann die grösste Gewerkschaft Italiens, die in den Krisenjahren arg gebeutelt wurde, gut brauchen. Auch bei den Gesamtarbeitsverträgen geht es wieder vorwärts, viele konnten erneuert werden.

### Ohrfeige für Matteo Renzi

Das ist umso wichtiger, als die Gewerkschaften die grösste Oppositionsbewegung im Land bilden. Und die meisten progressiven Kräfte in der Krise sind. Matteo Renzi scheiterte im Dezember mit der Wahlreform, die er auf die eigene Karriere zugeschnitten hatte. Nach einer schallenden Ohrfeige in der Volksabstimmung trat er im Dezember zurück. Die Linke konnte dies aber nicht zu einem Aufbruch nutzen, es folgte nur eine neue Parteispaltung. Gleichzeitig legt die Bewegung Cinque Stelle von Pepe Grillo zu, die im Europaparlament mit dem französischen Front national und mit der deutschen AfD im Rechtsaussen-Boot sitzt. Der Kampf ums Arbeitsgesetz geht unterdessen weiter: Die CGIL mobilisiert gegen ein weichgekochtes Nachfolgemodell der Regierung zum Voucher. Und für ein neues Grundgesetz zur Arbeit, das die Rechte der Arbeitnehmenden garantieren soll. Die Initiative ist bereits deponiert, mit über einer Million Unterschriften.

2.6.2017

## 30 Halbzeit-Konferenz des EGB: Einiges erreicht, aber vieles liegt noch vor uns

Die so genannte "Halbzeit-Konferenz" des EGB fand Ende Mai in Rom statt. Hunderte GewerkschafterInnen aus ganz Europa zogen zwei Jahre nach dem letzten EGB-Kongress in Paris eine Zwischenbilanz und debattierten die aktuellen Herausforderungen für die europäischen Gewerkschaften. Darunter auch Daniel Lampart, Leiter des SGB-Zentralsekretariats.

Hochrangige Gäste wie EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen oder der luxemburgische Arbeitsminister Nicolas Schmit diskutierten in Rom über aktuelle europäische Themen wie die Zukunft der EU, den Social Pillar, die Pay-Rise-Kampagne oder die Entsenderichtlinie. Am Ende wurde die Deklaration von Rom verabschiedet, in der der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) durchaus eine positive Kursänderung der EU, im Besonderen der Kommission, feststellt. Dennoch gehen dem EGB die Vorschläge für ein soziales Europa oder für mehr fiskalpolitischen Spielraum der Mitgliedstaaten längst nicht weit genug.

### Sozialprotokoll bleibt Priorität

Die Forderung nach einem Sozialen Fortschrittsprotokoll (einstimmig am letzten Kongress beschlossen) wurde von vielen RednerInnen als Priorität benannt und stellt mittel- und langfristig einen Schwerpunkt der EGB-Arbeit dar. Hier haben insbesondere ÖGB, DGB und LO-Schweden seit vielen Jahren die Führungsrolle mit der Allianz für sozialen Fortschritt.

EGB-Präsident Rudy de Leeuw machte in seiner Rede klar, dass Europa heute am Scheideweg steht: "Entweder wir gestalten dieses Europa demokratisch und sozial, oder es wird kein Europa geben!" Allgemein wurden die Bemühungen der EU-Sozialkommissarin Thyssen gewürdigt, im Bereich der Entsenderichtlinie Verbesserungen herbeizuführen und mit der "Sozialen Säule" das Soziale zumindest wieder auf die Agenda gesetzt zu haben.

Dennoch geht dies den meisten Gewerkschaften längst nicht weit genug. Mit dem Vorschlag für eine elektronische Dienstleistungskarte verfolgt die Kommission nun wieder das genau entgegengesetzte Ziel, nämlich die Erschwerung von Kontrollmassnahmen gegen grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping.

### EGB-Exekutivausschuss beschliesst "Fahrplan"

Die Soziale Säule beschränkt sich bislang weitgehend auf unverbindliche Prinzipien, bringt aber kaum neue Rechte. Der luxemburgische Arbeitsminister Nicolas Schmit bekräftigte einmal mehr seine Unterstützung für die Forderungen des EGB. Der Binnenmarkt müsse endlich sozial reguliert werden. Der EGB-Exekutivausschuss hat in dieser Woche zahlreiche Positionspapiere zur Sozialen Säule diskutiert und verabschiedet, darunter auch ein Dokument zur Zukunft Europas mit den Prioritäten des EGB. Ähnlich wie in der Deklaration von Rom stehen dabei folgende Themen im Vordergrund:

- Investitionen für nachhaltiges Wachstum, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen

- Lohnerhöhungen und Aufwärtskonvergenz bei Löhnen durch intensivere Tarifverhandlungen, sozialen Dialog und Mitbestimmung
- Gerechter Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft, nachhaltige Digitalisierung und Automatisierung, faire Globalisierung, eine fortschrittliche Handelsagenda und die Zukunft der Arbeit
- Ein sozialeres Europa und bessere Sozialrechte durch eine starke europäische Säule sozialer Rechte, die das Leben von Arbeitnehmern verbessert, und ein soziales Fortschrittsprotokoll
- Massnahmen zur Bekämpfung von Sozial- und Lohndumping und zum Erzielen vollkommener Gleichbehandlung und Integration durch faire Mobilität und Migration in einem gerechten Binnenmarkt

Der nächste EGB-Kongress wird im Mai 2019 stattfinden.

Dieser Text wurde von der Website des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) übernommen.

15.6.2017

## 31 Grossbritannien: Sozial schlägt National

Auch wenn Jeremy Corbyn die britischen Wahlen nicht gewonnen hat: Mit sozialen Themen gewann Labour Arbeiterstimmen zurück. Und die Konservativen tauchten.

Welche Riesenüberraschung war der Wahlausgang in Grossbritannien! Alle hatten die linke Labourpartei unter Jeremy Corbyn als Loser abgestempelt. Sein Programm stamme aus der Mottenkiste des Sozialismus, spotteten Journalisten, auch in Schweizer Medien. Die konservative Premierministerin Theresa May meinte, sie könne in der Wahl haushoch gewinnen, indem sie die nationale Frage ins Zentrum setze, ein starkes Grossbritannien markiere und Labour versenke.

### Prekäre Verhältnisse

Aber diesmal ging es nicht um die Ausländer und gegen Brüssel wie bei der Abstimmung über den Brexit vor einem Jahr. Die Wahlkampagne von Labour brachte die sozialen Themen in den Vordergrund: die heruntergekommenen Gesundheits- und Verkehrswesen, die verdreifachten Studiengebühren, die schwierige Lage der Pensionierten und der Arbeitenden.

Philipp Jennings von der internationalen Gewerkschaft UNI sagt: "Die Mehrheit der Briten verdient heute weniger als 2008. Millionen arbeiten in prekären Verhältnissen. Eine Million mit Verträgen, die null Arbeitsstunden garantieren. Gesamtarbeitsverträge gibt's im privaten Sektor kaum mehr. Kein Wunder, grassiert allgemeines Lohndumping."

### Alles ist wieder offen

Corbyns Wahlprogramm antwortete ganz konkret auf diese Probleme: Es verlangt eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes. Eine Ausweitung der Gesamtarbeitsverträge. Ein Verbot der Null-Stunden-Verträge und des Lohndumpings. Eine Senkung der Ausbildungskosten. Die Verstaatlichung der privatisierten Bahnen. Und so weiter.

Damit war Labour bei den Leuten, dafür mobilisierten sich Jüngere wie noch nie. So gewann Labour Arbeiterstimmen zurück. Und die Konservativen von Theresa May tauchten. Jetzt ist politisch in Grossbritannien alles wieder offen.

16.6.2017

## 32 Europaweite Tendenz: Rauf mit den Mindestlöhnen

"Lohnwunder" nennt die NZZ die starke Erhöhung, von der jetzt die Arbeitnehmenden in Ungarn profitieren. Um 15 Prozent ist der gesetzliche Mindestlohn dieses Jahr für Ungelernte gestiegen. Und Ungarn ist nicht alleine.

Die Jahre nach der Finanzkrise waren für die Löhne ein Desaster. Die Anzahl Niedriglohnjobs schwoll an unter dem Druck von Millionen Arbeitslosen. Der Anteil der Lohneinkommen am Wirtschaftskuchen nahm ab, jener der Kapitaleinkommen zu. Die EU-Kommission unter Präsident José Manuel Barroso hatte diese Senkung der sogenannten Arbeitskosten gefordert. Die Gewerkschaften kämpften oft vergeblich dagegen an. So kam es, dass die Löhne in vielen Ländern 2016 tiefer lagen als acht Jahre zuvor. Auch die gesetzlichen Mindestlöhne stagnierten oder wurden auf Geheiss der EU-Kommission eingefroren oder gar gesenkt wie in Griechenland.

### Beine machen

Damit ist nun Schluss. Endlich haben die Regierungen gemerkt, dass der Aufschwung im Portemonnaie der breiten Masse beginnt. In Rumänien, in Bulgarien haben die Regierenden den gesetzlichen Mindestlohn 2017 um 14 beziehungsweise 19 Prozent heraufgesetzt. Natürlich ausgehend von einem sehr tiefen Niveau. Aber auch in Portugal und in Grossbritannien ging's um 5 und 7 Prozent rauf. Die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker ist diesem Anstieg der Mindestlöhne besser gesinnt als ihre Vorgängerin. Aber auch sie konnte es nicht lassen, Portugal erneut zu verwarren und Griechenland eine Erhöhung zu verbieten.

Wenn der gesetzliche Mindestlohn raufgeht, macht das den Arbeitgebern Beine. Stossen die Gewerkschaften richtig nach, dann bewegt sich die ganze Lohnstruktur wie eine Handharmonika hinauf. In Ungarn ist der Durchschnittslohn heute 13 Prozent höher als vor einem Jahr. Abzüglich 2 Prozent Teuerung gibt das 11 Prozent real mehr im Portemonnaie.

30.6.2017

### **33 Jugendarbeitslosigkeit: verlorene Generation**

Ein gähnendes Loch klafft seit der Krise im Arbeitsmarkt: Mehr als 5 Millionen Junge unter 25 Jahren waren 2013 in der EU arbeitslos. Jeder und jede vierte.

In Spanien und Griechenland waren es gar fast die Hälfte der Jugendlichen, die keine Arbeit hatten. Viele von ihnen bleiben über Jahre ohne Job, sie drohen zur "verlorenen Generation" der Finanzmarktkrise zu werden.

#### **Wenig erfolgreiche «Jugendgarantie»**

Die EU reagierte und entschied sich 2013 für eine "Jugendgarantie": Allen Jungen muss innert vier Monaten nach Ausbildungsabschluss eine Stelle, eine Weiterbildung oder ein Praktikum zugesichert werden. Dafür sieht die EU 8 Milliarden Euro aus ihren Mitteln vor, als Beitrag an die Länder.

Doch die Bilanz dieses (an sich lobenswerten) Programms ist nicht erhebend: Zwar haben innert dreier Jahre mehrere Millionen Junge davon profitiert, aber viel weniger, als Anspruch darauf hätten. Und nur wenige Länder setzten das Programm seriös und breitflächig um. Es sind nicht jene Länder, die in der Jugendarbeitslosigkeit versinken. So hat zum Beispiel die neoliberal-reaktionäre Regierung Spaniens nur ein paar Prozent der reservierten EU-Gelder überhaupt abgerufen.

#### **Hangeln von Saisonjob zu Saisonjob**

Mit dem Abklingen der Krise sind heute etwas weniger Junge ohne Job. Aber es sind immer noch gegen vier Millionen. Und die Arbeitsverträge, die jene erhalten, die Arbeit finden, sind meist super prekär. Es handelt sich vor allem um Teilzeitstellen. Und um befristete Anstellungen. In Spanien hangeln sich rund 70 Prozent der unter 25jährigen deshalb von Saisonjob zu Saisonjob. Als Spaniens Regierung die Arbeitsgesetze und den Kündigungsschutz abbaute, behauptete sie, das werde die Patrons veranlassen, die Jungen fest anzustellen. So steht es im neoliberalen Gebetsbuch. Ein schlechter Witz.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist ein Lehrstück. Es zeigt, dass der sogenannt freie Arbeitsmarkt oft nicht funktioniert. Um den Millionen Jungen in Europa wirklich eine Perspektive zu geben, müsste die EU-Jugendgarantie konsequent umgesetzt werden. Und es braucht eine Politik, die mit Investitionen, kluger Arbeitszeitgestaltung und Förderung der Kaufkraft nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

18.8.2017

## 34 Griechische Tragödie: Milliarden für die Banken

Sieben Jahre dauert die Tragödie mit der Krise in Griechenland nun schon - und nimmt kein Ende. Die Wirtschaft ist bereits um 25 Prozent geschrumpft.

Ein Drittel der Menschen in Griechenland ist inzwischen arbeitslos, ebenso viele sind arm. Viele können sich keinen Arzt mehr leisten. Bisher haben nur Kriege Länder derart zurückgeworfen.

### Kassenwart Schäubles verheerendes Credo

Doch diese griechische Tragödie lenken nicht die Götter auf dem Olymp, sondern Halbgötter des Kapitalismus. Die Troika, gebildet aus EU, IWF und der Europäischen Zentralbank. Der wichtigste Halbgott ist der deutsche Kassenwart Wolfgang Schäuble. Sein Credo: Ein Staat muss weniger ausgeben, als er einnimmt.

Wenn gleichzeitig die Steuern der Firmen sinken, bedeutet dies eine knallharte Sparpolitik. In Deutschland zum Beispiel bei der Infrastruktur: Verglichen mit der Schweiz, gab Deutschland pro Kopf gerade mal einen Sechstel für sein Schienennetz aus – bis dieses bricht wie jetzt im Rheintal.

### Das wahre Ziel der Troika

Griechenland verordnete Schäuble schlimmste Rosskuren: Massive Senkungen der Mindestlöhne, der Renten, der Gesundheitsausgaben. Reduktion der Investitionen auf einen Drittel. Heute ist der griechische Staatshaushalt zwar ausgeglichen, aber die Wirtschaft kaputtgespart.

Dennoch führt die Troika Schäubles falsche Politik fort: Um Schulden zu begleichen, bekam Griechenland im Juli nochmals 30 Milliarden Euro. Und muss dafür die Renten noch einmal senken, die Gewerkschaftsrechte noch mehr abbauen. Die griechische Linksregierung der Syriza verliert mehr und mehr den Rückhalt. Das war immer ein Ziel der Troika gewesen.

### Es braucht einen Schuldenschnitt

Von den insgesamt 300 Milliarden "Hilfe", die in sieben Jahren für Griechenland gesprochen wurden, kam der grösste Teil dort gar nie an. Er landete bei den Banken in Deutschland und Frankreich. Diese sind nun ihre faulen Schuldpapiere los. Griechenland sitzt dafür auf einem riesigen Schuldenberg, den es nie wird zurückzahlen können.

Nun kommt endlich die Einsicht, dass die Troika einen Schuldenschnitt beschliessen müsste, damit sich Griechenland erholen könnte. Aber vor den deutschen Wahlen traut sich das niemand zu fordern. So nimmt die Tragödie denn ihren Lauf.

1.9.2017

## **35 Hart umkämpft: erst mit 67 in Rente?**

In den Medien hören wir, dass in vielen Ländern Europas Rentenalter 67 bereits Realität sei. Das ist Unsinn.

Der effektive Altersrücktritt ist früher. Im positiven Fall, weil geregelte Frühpensionierungen vorgesehen sind wie in einigen nordischen und lateinischen Ländern. Im negativen Fall, weil die Menschen schon früh und ohne Rente aus dem Erwerbsleben gedrängt werden. Und immer noch gibt es Länder mit ordentlichem Rentenalter unter 65 Jahren, so etwa Polen oder Frankreich.

### **Resultat sozialer Kämpfe und Bündnisse**

Auch bezüglich der Rentenhöhe gibt es in Europa alles Mögliche: Länder wie die Niederlande, wo die Pensionierten fast gleich viel erhalten wie vorher im Erwerb. Länder wie Deutschland, wo die Löhne zwar recht gut sind, die Renten aber tief. Länder wie Spanien und Italien, die tiefe Löhne haben und im Vergleich dazu gute Renten.

Aber eines ist allen Ländern gemeinsam: Rentenalterregelungen und Rentenhöhe sind das Resultat von sozialen Kämpfen und Bündnissen. So sind die guten Volksrenten in Schweden das Resultat eines Bündnisses von Arbeiter- und Bauernbewegung schon vor dem Ersten Weltkrieg. Die guten Renten in den lateinischen Ländern sind das Resultat der Résistance am Ende des Zweiten Weltkriegs. Und in Österreich sind das tiefe Rentenalter und gute Renten Ausdruck von starken Gewerkschaften.

### **Kurswechsel weg vom Spardiktat**

Weil die sozialen Kämpfe schwächer wurden, ist auch der Trend zur Verschlechterung der Altersvorsorge allgegenwärtig. Das Rentenalter wird erhöht, und die Renten werden magerer. In Griechenland etwa wurden sie in Folge des Spardiktats massiv zusammengekürzt.

Aber auch in Deutschland sinken die Neurenten im Vergleich zum früheren Verdienst seit den Reformen der "Agenda 2020". Das ist jetzt ein Thema im deutschen Bundestagswahlkampf. Anne Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund fordert deshalb einen Kurswechsel: "Alles andere führt geradewegs in den Abstieg und die Altersarmut von Millionen Menschen."

15.9.2017



## 36 Brexit: hard, soft oder Swiss Style?

In Grossbritannien stehen die Brexit-Politiker wie Esel am Berg.

Vor über einem Jahr hat das Stimmvolk – aufgepeitscht von falschen Versprechen – knapp den Austritt aus der EU beschlossen. Wie dies ohne grossen Schaden für die Briten gehen soll, darüber streiten sich seither die "Brexiter".

Die Wirtschaft will den freien Zugang zur EU für Waren, Kapital und Dienstleistungen. Sie droht sonst die Insel samt Arbeitsplätzen zu verlassen. Diese drei Freiheiten gibt die EU aber nur, wenn auch die vierte gilt: die Freiheit der Menschen aus der EU, in Grossbritannien zu arbeiten - und umgekehrt. "Kommt nicht in Frage", schreien die Brexiter. Ein fremdenpolizeiliches Kontrollsystem mit Tropfenzähler à la SVP will stattdessen der "Hard Brexit". Ein Punktesystem mit erleichtertem Zugang für Hochqualifizierte der "Soft Brexit". Vor kurzem kam jetzt auch der "Swiss Style" als Lösung ins Gespräch, also doch eine Art Personenfreizügigkeit. Der Hardliner Boris Johnson drohte gleich mit seinem Rücktritt als Aussenminister ...

### Konsequente EU

Für die EU bleibt die Personenfreizügigkeit ein Grundprinzip, das sie nicht fallenlassen will. Zwar rennen die Le Pens, Wilders und die SVP seit langem dagegen an. Aber bei den EU-Bürgern ist die Personenfreizügigkeit eine der beliebtesten Errungenschaften der EU. Denn sie ist das Recht der Bürger, sich frei zu bewegen. Wie gut das ist, erleben nun Millionen Menschen, die mit dem Brexit ganz konkret ihr Aufenthaltsrecht gefährdet sehen. EU-weit stehen in Umfragen über 70 Prozent der Bevölkerung hinter der Personenfreizügigkeit, vor allem dort, wo Jobs und Löhne vor Dumping geschützt sind.

### "Jobs first"

Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat sich mit der Frage auch schwergetan. Er forderte zuerst den freien Zugang zum europäischen Markt, damit die Jobs erhalten bleiben. Jetzt hat er an seinem Kongress ergänzt: "jobs first" - "rights first": Die Rechte der Arbeitenden müssen ebenso Priorität haben. Die TUC wendet sich gegen alle diskriminierenden Regulierungen und Statute. Generalsekretärin Frances O'Grady sagt: "Mit ihnen werden die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander ausgespielt, zum Nachteil aller."

29.9.2017

## 37 EU-Arbeitsinspektorat: Juncker will handeln

Gleicher Lohn am gleichen Ort: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will eine alte Gewerkschaftsforderung endlich umsetzen.

Die Europäische Union verfügt über eine europäische Bankenaufsicht, ein Polizeiamt, eine gemeinsame Marktaufsicht, eine europäische Grenzwachagentur und ähnliches mehr. Aber keine europäische Behörde sorgt bisher für die Durchsetzung der Rechte der Arbeitenden, Migrantinnen und Migranten.

Wird heute im Land A ein Schleppernetz aus dem Land B aufgedeckt, das Bauarbeiter zu Dumpingpreisen vermittelt, dann sind die Schlepper schnell über alle Berge. Und die Kontrolleure und Behörden im Land A bleiben auf ihren Klagen sitzen.

### Eine Union der Gleichen

16 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger arbeiten in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Wenn ihre Rechte als Arbeitende verletzt werden, können sie sich an keine europäische Behörde wenden. Das will EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker jetzt ändern. In seiner Rede zur Lage der EU sagte er, es sei absurd, dass eine Bankenaufsicht darüber wache, dass Bankenstandards eingehalten würden, aber keine Arbeitsaufsicht europaweit die Einhaltung des Arbeitsrechts durchsetze: "In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollen den gleichen Lohn bekommen."

### Goldene Nasen mit organisiertem Dumping

Gleicher Lohn am gleichen Ort, das verlangen die Gewerkschaften schon seit Jahren. Vielleicht kommen sie ihrem Ziel nun etwas näher. Aber der Widerstand gegen Junckers Projekt kommt bestimmt. Im Namen der "Unternehmerfreiheit" will Spanien, wollen aber auch Regierungen aus Mittel- und Osteuropa das Lohndumping weiter wüten lassen.

Sie schaden damit den Arbeitnehmenden und protegieren die Schlepper-Unternehmer, die sich mit dem organisierten Dumping goldene Nasen verdienen. Diese operieren längst über die Landesgrenzen hinweg, während die Kontrollbehörden noch an den Grenzen Halt machen müssen.

20.10.2017

## **38 EU stärkt autoritäres Spanien: Hier naht Rajoydogan**

Einmal mehr versagt die EU-Spitze: Keine Vermittlung zwischen Spanien und Katalonien.

Seit Monaten steuerten die Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Katalonien auf eine Konfrontation zu. Die katalanische Regierung bat die EU-Spitze um Vermittlung. Niemand glaubte, dass die EU eine volle staatliche Unabhängigkeit Kataloniens unterstützen könnte; aber doch wenigstens ein föderalistisches Autonomiestatut, wie es in vielen Ländern Europas besteht.

Die EU-Spitze lehnte das Vermittlungsgesuch jedoch ab und stärkte stattdessen die reaktionäre und zentralistische Regierung Spaniens von Präsident Mariano Rajoy. Als seine Vizepräsidentin Soraya Saenz de Santamaria die Schlägertrupps der Guardia Civil auf die Abstimmungslokale in Barcelona hetzte, kam aus Brüssel eine zögerliche Ermahnung, man solle doch nach einer politischen Lösung suchen.

### **Freie Bahn fürs autoritäre Madrid**

Zu einer politischen Lösung trug die EU-Spitze allerdings nichts bei - sie liess den autoritären Kräften in Madrid vielmehr freie Bahn. Jetzt ist die Demokratie in Katalonien abgeschafft, und de Santamaria waltet als Statthalterin mit Notstandsrecht.

Dies ist umso bitterer, als die sozialen Bewegungen in Katalonien (sie kämpfen zum Teil für die Abspaltung, zum Teil für mehr Autonomie) in den letzten Jahren einen Ausbau der Demokratie vorangetrieben haben: zum Beispiel mit Wohnerräten und mit Volksabstimmung in den Quartieren von Barcelona.

### **Die EU macht sich unglaubwürdig**

In ihren Sonntagsreden beteuert die EU-Kommission, sie wolle eine partizipative Demokratie in Europa fördern. Sie möchte etwa das Initiativrecht in der EU stärken. Und sie kritisiert die Entwicklungen in Polen und Ungarn zu immer autoritäreren Regimen. Ebenso rügt die EU die Türkei wegen Erdogans Notstandsregime.

All das wirkt unglaubwürdig, wenn die EU-Spitze gleichzeitig Regierungschef Rajoy freie Bahn für ein Notstandsregime in Katalonien gibt. Rajoydogan - das ist das letzte, was ein demokratisches Europa brauchen kann.

3.11.2017

## 39 Bulgarische Löhne: Ein Teufelskreis

Gegen 10 000 Demonstrierende verlangten am 31. Oktober in Sofia, der Hauptstadt Bulgariens: "Löhne rauf!"

Die DemonstrantInnen wollen eine generelle Erhöhung von rund 50 Euro für alle. Das sind plus 10 Prozent auf den Durchschnittslohn und plus 20 Prozent auf die Tiefstlöhne.

In Bulgarien beträgt der gesetzliche Mindestlohn pro Stunde gerade mal 1,42 Euro, also 230 Euro im Monat. Nirgends in Europa ist er tiefer. Um eine Familie in Bulgarien zu ernähren, braucht es nach Berechnungen der Kampagne für eine anständige Bekleidungsindustrie, Clean Clothes, vier bis fünf solcher Mindestlöhne! Selbst die NZZ spricht von "Hungerlöhnen".

### Eldorado der Bekleidungsindustrie

Für die Bekleidungsbranche ist Bulgarien ein Eldorado. Hier wird für den europäischen Markt billiger produziert als in China. Multis wie die spanische Modekette Zara profitieren davon. Und die bulgarische Wirtschaft brummt, Prognostiker erwarten für 2017 und 2018 gegen 4 Prozent Wachstum. Aber die Näherinnen, die Bauarbeiter und Krankenschwestern profitieren nicht davon.

Ihr Lebensniveau werde sich langsam dem westeuropäischen annähern: so versprach man ihnen, als Bulgarien (und andere Ostländer) zur EU kamen. Aber seit 2007 sind die bulgarischen Löhne, verglichen mit den deutschen, wieder zurückgefallen. Wie übrigens auch die tschechischen, polnischen usw.

Deshalb suchen viele Bulgarinnen und Bulgaren im Westen und Norden Europas Arbeit. Auf Baustellen, in der Pflege, aber auch als Akademikerinnen. Seit dem Fall der Mauer sind 3 Millionen Menschen ausgewandert. Das sind gleich viele, wie heute noch in Bulgarien arbeiten. Man stelle sich das mal für die Schweiz vor!

### Exodus und Entvölkerung

"Wir arbeiten hier für ein Nichts", sagte eine Demonstrantin dem Korrespondenten der internationalen Gewerkschaft IndustriAll. "Die Leute fliehen aus der Misere, ganze Dörfer sind entvölkert. Zehntausende wandern aus, und uns fehlen deswegen die Fachkräfte. Es ist ein Teufelskreis."

Was ist mit den Versprechungen der EU, fragen sich auch die Gewerkschaften. Der Präsident der grössten Gewerkschaft Bulgariens, Plamen Dimitrov, verlangt, dass die EU eine Politik der Angleichung nach oben betreibe. Er sagt: "Wir wollen nicht der Hinterhof Europas bleiben!"

17.11.2017

## **40 Danke für die Blumen - aber wir wollen soziale Rechte!**

Etwas spät, aber immerhin: nun ist auch der EU-Führung klar geworden, dass die Union auseinanderbricht, wenn sie ihren BürgerInnen nicht zu Arbeit und sozialer Sicherheit verhilft.

Jetzt hat der Ministerrat der EU eine "Säule der sozialen Rechte" beschlossen. Sie beinhaltet zwanzig gute Grundsätze und Empfehlungen. Vom Recht auf einen Lohn, der zum Leben reicht, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis zum Recht auf berufliche Aus- und Weiterbildung. Aber all diese schönen Punkte sind leider nur Absichtserklärung.

Die europäischen Gewerkschaften reagierten deshalb erst etwas ratlos. Für die einen war diese Absichtserklärung nur warme Luft, die von der Fortführung der bisherigen Antisozialen EU-Politik ablenken soll. Die anderen sahen Anknüpfungspunkte für soziale Fortschritte.

Immerhin ist der EU-Führung unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bewusst geworden, dass die EU auseinanderbricht, wenn sie ihren 300 Millionen Bürgerinnen und Bürgern nicht zu Arbeit und sozialer Absicherung verhilft. Unter dem neoliberalen Juncker-Vorgänger Manuel Barroso baute die EU soziale Errungenschaften ab. Junckers Absichtserklärung ist, so gesehen, ein Fortschritt.

### **Jetzt müssen verbindliche Rechte her**

Schliesslich hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) reagiert, wie die Feministinnen jeweils am Muttertag reagieren, er sagte sinngemäss: "Danke für die Blumen, aber Rechte wären uns lieber." Und legte gleich ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der "Säule der sozialen Rechte" vor.

Ganz unrealistisch ist diese Strategie nicht. In einzelnen Punkten ist die EU-Kommission bereit, verbindliche Rechte einzuführen. So möchte sie europaweit eine Mindestdauer von 16 Wochen für den bezahlten Mutterschaftsurlaub garantieren plus zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Das wäre immerhin mehr, als die Schweiz heute hat. Neu sollen die Arbeitnehmenden auch ein Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen. Auch das hat die Schweiz bisher nicht zustande gebracht.

Entweder werden nun die sozialen Verbesserungen umgesetzt, und die Leute bekommen wieder Hoffnung. Oder die Versprechungen bleiben leer. Das wäre dann "ein weiterer Nagel in den Sarg der EU", bringt es die irische EGB-Funktionärin Esther Lynch auf den Punkt.

1.12.2017

## **41 Konzernverantwortungsinitiative: Sorgfaltspflicht im Trend**

Die Konzernverantwortungsinitiative will Schweizer Multis in die Pflicht nehmen. Und liegt damit im Trend: Ähnliche Regulierungen gibt es in immer mehr europäischen Staaten.

Kinderarbeit in den Minen von Afrika. Vertreibung von Ureinwohnerinnen und Ureinwohnern in Südamerika. Sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse in Asien. Schweizer Multis waren in den letzten Jahren immer wieder in solche Skandalgeschichten verwickelt. Negativschlagzeilen machte, neben vielen anderen, auch immer wieder der Rohstoffkonzern Glencore mit Sitz in Zug. Meist gab sich das Mutterhaus ahnungslos. Verantwortlich fühlten sich Glencore & Co. nie.

### **Eigentums- vor Menschenrechten?**

Die Konzernverantwortungsinitiative, die auch die Unia und der Gewerkschaftsbund unterstützen, verlangt für Grossunternehmen eine gesetzliche Pflicht zur umfassenden Sorgfaltsprüfung. Davon wollen die Spitzen vieler Schweizer Multis nichts wissen. Der Wirtschaftsdachverband Economie-suisse läuft derzeit Sturm gegen die Initiative: Sie betreibe "Klassenkampf " und schaffe neue "Bürokratien". Und sei gar nicht nötig, denn die Konzerne würden selber vorsorgen, mit freiwilligen Verhaltensregeln. Wir kennen diese aus ihren Hochglanzbroschüren. Paradox: Geht es um den internationalen Schutz von Eigentumsrechten der Multis, verlangen diese von den Staaten zwingende Gesetze und Verträge. Geht es aber um Menschenrechte, wollen sie nur Regeln nach eigenem Gusto. Da soll der Staat draussen bleiben.

### **Sollen Schweizer Multis wieder auf schwarzen Listen landen?**

Inzwischen gibt es in Europa immer mehr verbindliche Regulierungen. In Frankreich wurde eine umfassende Sorgfaltsprüfung für Unternehmen Gesetz. Sie ist vergleichbar mit der Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz. In den Niederlanden verlangt ein Gesetz eine Sorgfaltsprüfung bezüglich Kinderarbeit. Komisch, da sind Multis wie Nestlé dafür! EU-weit gilt bereits eine Sorgfaltspflicht bei "Konflikt-Mineralien" wie zum Beispiel Diamanten. Und in Grossbritannien gibt es ein Gesetz gegen moderne Sklaverei. Chantal Peyer vom Vorstand der Konzerninitiative konstatiert: "Der internationale Trend geht klar Richtung gesetzliche Sorgfaltspflicht."

Wollen die Schweizer Multis wirklich erneut auf grauen und schwarzen Listen landen und schliesslich vom Ausland zur Vernunft gezwungen werden, bevor sie handeln? So wie die Banken bei Geldwäscherei und Bankgeheimnis?

15.12.2017

## **42 Der Wirtschaft geht's besser – Streikwelle erfasst Europa**

Während der Krise hatten viele Angst um ihren Job. Da sinkt die Bereitschaft, für mehr Lohn zu streiken. Doch nun ist der Aufschwung da. Und es wird wieder gestreikt.

"Streikfähig muss man sein, sonst reden die gar nicht richtig mit uns", sagte mir Gewerkschaftsbund-chef Erich Foglar, als ich ihm im Dezember unser Buch "Streik im 21. Jahrhundert"\* schenkte. Der Österreicher schilderte dann, wie die Verhandlungen über die Löhne von 180 000 Angestellten in der Metall- und Elektroindustrie so gar nicht vom Fleck kamen - trotz nächtelangem Verhandeln. Also machten sich die Gewerkschaften kampfbereit und deblockierten die Streikgelder. Und siehe da, plötzlich kamen die Verhandlungen in Schwung, und es folgten drei Prozent Lohnerhöhung.

### **Nach der Krise fordern die Gewerkschaften mehr Lohn und weniger Arbeit**

Um die Jahreswende hat auch die IG Metall in Deutschland Streikbereitschaft erstellt. Hier geht es um die Tarifverträge (GAV) für fast 4 Millionen Lohnbezüger in der Metall- und Elektroindustrie. Die Forderung der Gewerkschaft: sechs Prozent mehr Lohn. Die Arbeitenden sollen zudem das Recht haben, ihre Arbeitszeit vorübergehend bis auf 28 Stunden zu reduzieren. Für tiefe Löhne soll es dabei einen Lohnausgleich geben. Solche Begehren bringen die Arbeitgeber auf die Palme. Auf die verkürzte Arbeitszeit wollen sie nicht eingehen. Diese sei illegal wie auch Kampfmassnahmen für diese Forderung. Die IG Metall lässt sich dadurch nicht einschüchtern. Seit Anfang Jahr organisiert sie verlängerte Warnstreiks, die überraschend mal da, mal dort laufen. Eine neue Streiktaktik, die nun ausgeweitet wird.

### **Die gute Konjunktur befördert die Streikbereitschaft**

Warnstreiks gibt's derzeit auch in den Skoda-Werken in Tschechien und bei Ford in Rumänien, bei Amazon in Deutschland und Italien. Bankangestellte streiken in Finnland, Lehrerinnen und Lehrer in Portugal und Holland. Hintergrund dieser Welle ist der Wirtschaftsaufschwung. Dank der guten Konjunktur müssten die Löhne nun eigentlich endlich wieder steigen. Tun sie aber nicht. Also greifen die Beschäftigten wieder zur Streikwaffe. In der Krise war diese mehrheitlich im Schrank geblieben, zu sehr hatten die Leute Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist nun vorbei.

\* Vania Alleva, Andreas Rieger (Hg), Rotpunktverlag, 25 Franken

19.1.2018

## 43 Steuertourismus: Die EU reagiert

Steuertourismus ist ein einträgliches Vergnügen vieler multinationaler Konzerne. Sie suchen sich schöne Plätzchen aus, wo Tourismusanbieter für tolle Steuertricks Hand bieten. Das brauchen gar keine fernen Steueroasen zu sein.

Dem schwedischen Möbelkonzern IKEA etwa, dessen Gründer Ingvar Kamrad gerade 91jährig gestorben ist, gefiel es am besten in Holland. Dahin verschob er alle Gewinne und sparte allein zwischen 2008 und 2014 mindestens eine Milliarde Euro Steuern. Google, Nike, Starbucks machen es ähnlich. In Irland, Malta und Luxemburg.

Auch die Schweiz ist eine beliebte Destination. Zug und Obwalden sind schöne Plätzchen mit Tausenden Briefkastenfirmen für Steuervermeider. Für Steuerflüchtige bewährt hat sich auch das Tessin, das vom Modelabel Gucci gerade mal eine lächerliche Tourismustaxe verlangt.

### Ein Deal für Apple

Gigant Apple wählte Irland für seinen Steuertourismus. Die Gewinne aus dem Verkauf der iPhones und Macs aus ganz Europa verschob der US-Konzern dorthin, nicht ohne sie vorher auf verschlungenen Pfaden kleingerechnet zu haben. Die irischen Behörden nickten. Doch das war der EU-Kommission zu bunt. Sie verklagte die irische Regierung. Diese müsse bei Apple 13 Milliarden Euro Steuern rückwirkend eintreiben. Das Urteil steht noch aus.

Für Apple ist die Luft nun aber etwas dünner geworden. Plötzlich will der Multi jetzt gegen 300 Milliarden Dollar Vermögen in die USA repatriieren und dort 38 Milliarden Dollar Steuern zahlen. Auf einen Schlag. Das tönt nach viel, ist aber ein Schnäppchen: dank Trumps neuen Steuer geschenken. "A great deal!"

### Endlich ein Licht

Die EU will gegen den Steuertourismus nun stärker vorgehen. Denn in den Kassen vieler EU-Staaten klaffen Löcher. Multis müssen jetzt Beschäftigte, Umsatz, Gewinn usw. für jedes Land öffentlich ausweisen. Sven Giegold von den deutschen Grünen im Europaparlament freut sich: "Endlich gibt's Licht in die europäischen Steuersümpfe!"

Damit noch nicht zufrieden sind die Gewerkschaften. Sie verlangen einen europäischen Mindeststeuersatz für Unternehmen. Mindestens 25 Prozent sollte dieser sein, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund. Denn: Solange jedes Land mit immer noch tieferen Sätzen Steuertouristen anwerben kann, schadet dieser Kannibalismus schliesslich allen Ländern.

2.2.2018



## 44 Hüst und hott in Österreich

In der EU gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Doch gleichzeitig torpedieren EU-Beamte die flankierenden Massnahmen, die genau das garantieren sollen.

Österreichs Politik in Sachen Lohndumping ist doppelbödig. Auf der einen Seite laufen Arbeitgeber und Regionalpolitiker aus Vorarlberg Sturm gegen die Schweizer flankierenden Massnahmen. Sie wollen die sogenannte 8-Tage-Regel kippen. Diese schreibt vor, dass Firmen im Voraus melden müssen, wenn sie Arbeitskräfte in die Schweiz entsenden. Die Österreicher Patrons wollen auch keine Kautions hinterlegen, wenn sie Aufträge im Schweizer Baugewerbe ausführen. Diese ermöglicht den Schweizer Kontrollinstanzen, im Falle von Lohndumping Bussen einzuziehen. 8-Tage-Regel und Kautions helfen also bei der Bekämpfung von Lohndumping. Die vorarlbergischen Arbeitgeber jedoch behaupten, es handle sich um Schikanen, die EU-Recht verletzen würden.

### Widerstand im Burgenland

Umgekehrt läuft die Sache im Burgenland. Dieses österreichische Bundesland grenzt an Ungarn. In Ungarn betragen die Löhne gerade mal ein Viertel der österreichischen. Lohndumping durch Entsendete geschieht im Burgenland tausendfach. Aber die österreichischen Kontrollbehörden können die Bussen bei ungarischen Dumpingfirmen gar nicht eintreiben. Das empört Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Regierung gewaltig. Also reisten die Burgenländer kürzlich gemeinsam nach Brüssel. Sie verlangten dort die Verschärfung der EU-Entsenderregeln und eine europäische Arbeitsbehörde, die bei der länderübergreifenden Umsetzung mithilft.

### Das doppelte Spiel der EU

Genauso hüst und hott wie in Österreich geht es auch in der EU-Politik zu und her. Da verkündet EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Maxime «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Und da arbeitet die EU an einer Revision der Entsenderichtlinien und an der Gründung einer Arbeitsagentur. Gleichzeitig aber greifen EU-Beamte die 8-Tage Regel und die Kautionspflicht in der Schweiz an. So geschehen in den laufenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Skandalöserweise wollten sich Schweizer Verhandler sogar auf diese Diskussion einlassen. Für uns Gewerkschaften ist das ein absolutes No-go. Wir schliessen uns lieber den Burgenländern an: Der Schutz vor Lohndumping muss verstärkt werden!

16.2.2018

**Die Reihe SGB-Dossier. Bisher erschienen****Titres déjà publiés dans la série Dossier de l'USS**

- 96 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2012. Okt. 2013. *Évolution des effectifs des syndicats en 2012. Oct. 2013.*
- 97 Boni und wachsende Lohnschere. Oktober 2013.
- 98 Der Detailhandel. Schwache Lohnentwicklung trotz Produktivitätsschub, *avec résumé en français.* November 2013.
- 99 Kantonsfinanzen. Fragwürdige, schädliche Sparmassnahmen in den Kantonen. Eine ökonomische Analyse, Dezember 2013  
*Finances cantonales. Programmes d'austérité douteux et préjudiciables dans les cantons. Une analyse économique. Décembre 2013*
- 100 Arbeitszeitkontrollieren statt Burnouts kurieren. Mangelhafter Vollzug der Arbeitszeiterfassung in den Kantonen, *avec l'introduction, conclusions et perspectives en français.* Janvier 2014
- 101 12. SGB-Frauenkongress vom 15. und 16. November 2013. Gute Arbeit – gutes Leben! Pour de bonnes conditions de travail! Adesso e in futuro! Wir Frauen zahlen eure Krise nicht. April 2014. *12<sup>e</sup> Congrès des femmes de l'USS des 15 et 16.11.2013. Gute Arbeit – gutes Leben! Pour de bonnes conditions de travail ! Adesso e in futuro! Ce n'est pas aux femmes de payer la crise! Avril 2014.*
- 102 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2013/2014 ; Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. April 2014. *Négociations conventionnelles et salariales 2013/2014; un aperçu des secteurs couverts par les syndicats de l'USS. Avril 2014.*
- 103 Ein starker Service Public – damit die Schweiz funktioniert. Reden der Tagung vom 27.2.2014. April 2014. *Des services publics forts pour une Suisse qui fonctionne ! Les interventions de la journée du 27.2.2014. Avril 2014.*
- 104 Was für die Lohngleichheit zu tun ist. Eine Analyse der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern und der politischen Gegenmassnahmen. April 2014. *Que faire pour instaurer l'égalité de salaire entre les sexes ? Analyse des différences de salaire entre les femmes et les hommes et contre-mesures politiques. Juin 2014.*
- 105 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2013. Sept. 2014. *Évolution des effectifs des syndicats en 2013. Sept. 2014*
- 106 55. SGB-Kongress vom 23. – 24. Oktober 2014. Positionspapiere und Resolutionen. November 2014. *55<sup>e</sup> Congrès de l'USS des 23 et 24 octobre 2014. Textes d'orientation et résolutions. Novembre 2014.*
- 107 SGB-Verteilungsbericht. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz. Januar 2015, *avec résumé en français.*
- 108 Höhere Prämienverbilligungen gegen die Krankenkassen-Prämienlast. Eine Analyse der durchschnittlichen Prämienlast in der Schweiz und Vorschläge für den Ausbau der Prämienverbilligungen. Januar 2015, *avec résumé en français.*
- 109 Un projet européen disputé. Les débats de politique européenne des syndicats depuis les années 70. Mars 2015.  
*Existe-t-il une politique européenne des syndicats ?*
- 110 Vertrags- und Lohn-Verhandlungen 2014/15. *Négociations contractuelles et salariales 2014/15.* Mai 2015.
- 111 Fragwürdige Spar- und Steuerpolitik in den Kantonen. Eine ökonomische Analyse. Juni 2015. *Une politique cantonale d'austérité et fiscale contestable. Analyse économique. Août 2015*
- 112 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2014. Okt. 2015. *Évolution des effectifs des syndicats en 2014. Octobre 2015.*
- 113 Mehr Stellensuchende wegen Leistungsabbau bei den Sozialversicherungen. Dezember 2015. *Davantage de demandeurs et demandeuses d'emploi à cause du démantèlement des prestations des assurances sociales. Janvier 2016.*
- 114 Fragwürdige Spar- und Steuerpolitik in den Kantonen. Januar 2016. Eine ökonomische Analyse. *Une politique cantonale d'austérité et fiscale contestable. Analyse économique. Janvier 2016.*
- 115 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2015/2016. März 2016. *Négociations conventionnelles et salariales 2015/2016. Mars 2016.*
- 116 Lohnkontrollen – ein Reader. Juni 2016. *25 ans après la Grève des femmes – Les contrôles des salaires. Juin 2016.*
- 117 SGB-Verteilungsbericht 2016. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz. Juli 2016. *Rapport 2016 de l'USS sur la répartition des salaires, des revenus et de la fortune en Suisse. Octobre 2016.*
- 118 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2015. Sept. 2016. *Évolution des effectifs des syndicats en 2015. Octobre 2016.*
- 119 USR III kostet jeden Haushalt mindestens 1000 Franken pro Jahr. Januar 2017, *avec résumé en français.*
- 120 SGB- Juristen-Tagung 2015: Zwischen Strassburg und Genf: Die Bedeutung des Völkerrechts für das Arbeitsrecht. März 2017
- 121 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2016/2017. März 2017. *Négociations conventionnelles et salariales 2016/2017. Mars 2017.*
- 122 Zutritts- und Informationsrechte für Gewerkschaften im Betrieb. Juni 2017. *Les droits d'accès à l'entreprise et à l'information des syndicats. Juin 2017*
- 123 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2016. Sept. 2016. *Évolution des effectifs des syndicats en 2016. Sept. 2017.*
- 124 Augmentation du niveau de formation des travailleuses et travailleurs : analyse et revendications syndicales. Sept. 2017. *Mit einer Zusammenfassung auf Deutsch.*
- 125 Digitalisierung muss den Berufstätigen nützen: Analyse und Handlungsbedarf. Oktober 2017. *La numérisation doit servir aux salarié(e)s : analyse et mesures requises. Octobre 2017.*
- 126 Die ILO – Bedeutung für Gewerkschaften in der Schweiz. Februar 2018. *Importance de l'OIT pour les syndicats de Suisse. Février 2018.*
- 127 Über den Tellerand. Ein gewerkschaftlicher Blick auf Europa, April 2018.

Nachbestellte Einzelnummern kosten Fr. 4.- pro Exemplar; Umfangreiche Nummern sind teurer, Fr. 10.- (inkl. Porto).  
*Chaque commande supplémentaire coûte 4 francs l'exemplaire ; pour les numéros plus volumineux, 10 francs/ex. (frais de port inclus).*

**Bestelltalon:** Einsenden an SGB, z.H. Maria-Rosa d'Alessandris, Monbijoustr. 61, 3007 Bern, Fax 031 377 01 02 oder per e-mail: [info@sgb.ch](mailto:info@sgb.ch)

**Talon de commande :** à envoyer à l'USS, c/o Maria-Rosa d'Alessandris, Monbijoustr. 61, 3007 Berne; télécopieur 031 377 01 02 ou par e-mail : [info@sgb.ch](mailto:info@sgb.ch)

Ich bestelle folgendes Dossier: Nr. / N° .....Anzahl Ex. / Nombre d'ex. ....  
Je commande les Dossiers suivants : Nr. / N° .....Anzahl Ex. / Nombre d'ex.....

Name, Vorname / Nom, prénom: .....

Strasse / Rue: .....

Ort / Localité: .....